

# Gattler, Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Förderung des Gesamtwohls aller in Sattlereien, Portefeuilles-, Ledergalanterie- und Reiseeffektenbetrieben, sowie im Tapezierergewerbe und den verwandten Nebenberufen beschäftigten Arbeitern, Arbeiterinnen, Lehrlingen usw.  
**Publikationsorgan der Berufsrankenkassen**

Inserate kosten die 4 gespaltene Pettzeile 1,50 Mark. Verbandsfachen 50 % Rabatt

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brückenstraße 10 b III  
 Fernsprecher: Amt Morikplatz Nr 2120

Erscheint wöchentlich. Preis 3 Mark pro Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten

### Achtung!

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme in anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Warum das notwendig ist, kann jeder wissen!

Die Ortsverwaltungen sind verpflichtet, Anfragen sofort zu beantworten.

Nur wer seinen fälligen Wochenbeitrag pünktlich entrichtet, sichert sich im Bedarfsfalle die Unterstützung aus der Verbandskasse.

Etreue Pflichterfüllung sichert die Rechte!

Für die Nummer 44 bestimmte Artikel und Berichte müssen bis zum 30. Oktober in Händen der Redaktion sein.

### Vom Existenzminimum.

Bei fast allen Verhandlungen mit den Vertretern des Unternehmertums dreht sich der Kampf um den Ausgleich des Mißverhältnisses, das ständig klafft zwischen Löhnen und Preisen für die notwendigsten Lebensbedürfnisse. Dabei stützen sich die Parteien auf Beweismaterial der verschiedensten Art, soweit es für ihre Zwecke verwendbar erscheint. Es ist richtig, daß seitens der Unternehmer die Lohnforderungen der Arbeiter fast ausnahmslos als unberechtigt und maßlos bezeichnet werden. Selbstverständlich werden dagegen die Arbeiter das Verhalten der Unternehmer als rückständig und von ausbeuterischen Interessen diktiert bezeichnen. Wenn auch neuerdings zu beobachten ist, daß die früher beliebte Schroffheit bei Verhandlungen auf Seiten der Unternehmer heute wenigstens einer gewissen Sachlichkeit Platz gemacht hat, trotz aller Gegenfälle, die nun einmal vorhanden sind.

Die Argumente, welche die Unternehmer zur Begründung ihrer Ablehnung geforderter Lohn-erhöhungen anführen, können nur wirksam widerlegt werden durch Beweismaterial über den Stand unserer Lebenshaltung und die erforderlichen Geldmittel hierzu. Neuerdings beschäftigen sich eine ganze Anzahl Wirtschaftsstatistiker mit der Untersuchung der Preisbewegung auf dem Wirtschaftsmarkte. Bekannt sind die von Richard Calwer zusammengestellten Indizes für die Kosten der Ernährung. Calwer berechnet auf Grund der jeweiligen Marktpreise in 200 deutschen Städten die Bewegung des Kostenaufwands für eine Reihe wichtiger Lebensmittel, z. B. Fleisch, Reis, Bohnen, Erbsen, Mehl, Kartoffeln, Brot, Zucker, Kaffee, Tee, Salz usw. Als Verpflegungsmenge legt er eine wöchentliche Ration zurunde die ein deutscher Marinesoldat erhält. Für eine Familie aus vier Köpfen, be-

stehend aus Mann, Frau und zwei Kindern, berechnet er die dreifache Sätze einer solchen Ration.

Man darf aber in den Calwerschen Zahlen nicht den Preis des wirklichen Lebensmittelbedarfs erblicken, weil diese Lebensmittel in Wirklichkeit gar nicht immer beschafft werden konnten, sondern nur die Vergleiche über die Entwicklung der Preise zu den verschiedenen Zeiten, also als vergleichende Maßziffern. Die vollständigste Berechnung der Lebenshaltung hat Dr. Moritz Elkas in Frankfurt a. M. aufgestellt. Er hat seine Erhebungen nicht auf die Ernährung beschränkt, sondern auch auf Bekleidung und anderes ausgedehnt.

Wenn der erforderliche Gesamtaufwand für den Lebensunterhalt gleich 100 gesetzt wird, so setzt sich dieser zusammen prozentual in 60 Proz. für Lebensmittel, 17 Proz. für Kleidung, 8 Proz. Wohnung, 5 Proz. Heizung, 10 Proz. Verschiedenes. In Anbetracht, daß zur Zeit in Deutschland die Kosten der Ernährung ganz exorbitant hoch sind, dürfte der Satz von 60 Proz. nicht zu hoch erscheinen.

Die Statistiken des Reichsarbeitsministeriums erscheinen immer viel zu spät, um praktisch als Material bei Verhandlungen Verwertung finden zu können. In dem Mitteilungsblatt des Schlichtungsausschusses für Groß-Berlin sollen künftig die Kosten für den Lebensunterhalt nach den Berichten der verschiedenen Statistiker veröffentlicht werden, um bei Tarifverhandlungen als Material zu dienen. Damit würde einem wirklich dringenden Bedürfnis abgeholfen werden, falls diese Statistiken so bald als möglich erscheinen. Seit einigen Monaten veröffentlicht allmonatlich der Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg in der Presse regelmäßig eine Statistik über das jeweilige Existenzminimum, das heißt das Mindestmaß dessen, was zum Leben unbedingt erforderlich ist.

Kuczyński berechnet, daß im September 1920 in Groß-Berlin Brot, Zucker und Milch neunmal soviel kosteten als vor sieben Jahren im September 1913. Kartoffeln und Butter 14mal soviel, Schmalz 22mal soviel. Im allgemeinen ergibt sich eine Verteuerung um das Zwölffache.

Eine Gegenüberstellung der Preise für die rationierten Lebensmittel, die vom 30. August bis zum 3. Oktober (das ist ein Zeitraum von 5 Wochen) verteilt wurden, mit den Preisen, die für die gleichen Mengen im September 1913 bezahlt wurden, ergibt: Preis 1913 7,50 M. £., Preis 1920 93,57 M. £. Diese Zahlen brechen deutlich genug; was man 1913 für 7,50 M. kaufen konnte, kostet jetzt 93,57 M. £. Diese rationierten Lebensmittel reichen aber nur aus, um etwa den Bedarf eines vier- bis fünfjährigen Kindes im Wochendurchschnitt zu decken. Für ältere Kinder und erwachsene Personen muß also hinzugekauft werden. Angenommen, es wird hierzu das Billigste gewählt: Kartoffeln, Kaffee, Bohnen, etwas Margarine. Für das Kind

im Alter von 6—10 Jahren wäre bei größter Sparsamkeit eine Summe von 20 M. £., für die Frau von 33 M. £. und für den Mann von 48 M. £. pro Woche erforderlich, um ihnen das Mindestmaß der erforderlichen Ernährungskalorien zuführen zu können. Für Mann, Frau und ein Kind muß man demnach nur für den dürftigsten Lebensbedarf pro Woche 101 M. £. ausgeben, mit zwei Kindern schon 121 M. £.

Nun kommt Wohnungsmiete, Heizung und Licht: Miete 8—10 M. £., 1 Zentner Briketts 14,90 Mark, Gas 6 Kubikmeter 6,60 M. £.

Für Kleidung, Schuhwerk, Wäsche müssen angelegt werden: für Kind 10 M. £., Frau 20 M. £., Mann 30 M. £.

Für Steuern, Krankenkasse, sonstige Versicherung, Zeitung, Geschirrfahr, Putzmittel, Seife und Sonstiges wird man mindestens 40 M. £. ansetzen müssen. Das ergibt ein wöchentliches Existenzminimum für Ehepaare mit einem Kind von 233 M. £., mit zwei Kindern 263 M. £. In Wirklichkeit ist damit natürlich nur unter Entbehrung jedes Genußmittels und aller Verstärkungen auszukommen.

Ein einzelner Mann braucht für sich allein 140 bis 150 M. £. (im September 1913 nur 16,85 Mark), das ist das 8,6fache von 1913. Die Mark ist jetzt 10—11 Pf. wert. Je größer die Familie, desto höher ist natürlich die Steigerung der notwendigen Aufwendungen, die dann auf das 10-, 11- und 12fache der Friedenspreise empor-schnellen.

Der tägliche Arbeitsverdienst, um dieses färgliche Existenzminimum zu bestreiten, muß demnach mindestens betragen für den allein-stehenden Mann 24 M. £., für ein kinderloses Ehe-paar 36 M. £., mit zwei Kindern von 6—10 Jahren 49 M. £.

Wie groß das Elend unter der Arbeiterschaft ist, wissen wir alle nur zu gut. Ein sehr großer Teil arbeitet verkürzt und ein anderer ist arbeitslos. Inzwischen wird Kleidung, Schuhwerk, Wäsche und Wohnungseinrichtungsgegenstände immer mehr abgenutzt, an Neuanschaffung ist nicht zu denken. Diese Schwächung der Kaufkraft der Massen wirkt zurück auf unser ganzes Wirtschaftsleben. Jeder billig Denkende wird wohl einsehen, daß unter solchen Umständen an einen Abbau der Löhne nicht zu denken ist. Denn das würde nur die Wirkung haben, das Massen-elend noch mehr zu verschärfen. Solange die Preise für den notwendigen Lebensbedarf nicht sinken, muß sich die Arbeiterschaft mit aller ihr zu Gebote stehenden Kraft gegen eine Herabsetzung der Löhne zur Wehr setzen. Daß die Unternehmervertreter sich bei allen Verhandlungen mit aller Kraft gegen die Forderungen der Arbeiter wenden, ist erklärlich. Das liegt im Wesen der Rolle, die sie heute im Produktionsprozeß spielen. Natürlich stellen sie sich immer hin als die Leid-tragenden, denen die verfluchten unerträglichen Arbeiter das Geld aus der Tasche stehlen wollen. In Wirklichkeit holt doch das Unternehmertum

bei jeder Lohnbewegung durch entsprechende Verteuerung der Produkte Vorteile heraus. Gewiß wird die Konkurrenz und die Konjunktur dafür sorgen, daß die Bäume des Profits nicht ganz unbeschränkt wachsen, aber immerhin, das Unternehmertum hat es noch immer recht gut verstanden, auf seine Rechnung zu kommen.

Freilich, wo die Rückständigkeit und Blödigkeit der Unternehmer noch so groß ist wie in Kleinstädten und ländlichen Bezirken, wo sie aus lauter Angst vor den Bauern und Landwirten keine angemessene Bezahlung der Arbeitsleistung fordern, liegen die Dinge anders. Hier müssen wir unsere ganze Kraft einsetzen, um diese Rückständigkeit zu bekämpfen und diese Leute vorwärts zu treiben. Unsere Berufsgenossen sollen nicht im Elend verkommen, weil diese Kleinmeister zu feig sind, sich ihre Arbeit zeitgemäß bezahlen zu lassen. Hier muß der Hebel angelegt, hier muß revolutionär gearbeitet werden.

## Gegensätze.

Man kann einmal den Versuch machen und eine Anzahl politisch organisierter Leute fragen, worin denn die Gegensätze bestehen zwischen Kommunisten, Unabhängigen und Mehrheitssozialisten. Wenige der Befragten sind imstande, darauf eine kurze, klare Antwort zu geben; denn viele haben sich mehr gefühls- als verstandesgemäß für ihre Partei engagiert. Die Kommunisten erklären wohl, wir wollen die Diktatur des Proletariats, die Weltrevolution; die restlose Niederwerfung des Kapitalismus. Was darnach kommt, das interessiert sie weniger, darüber gleiten sie rasch hinweg; wichtiger ist ihnen die Vernichtung alles dessen, was sie selbst zurzeit nicht besitzen. Ach, wie leicht ist es doch, Wünsche in den Menschen zu erwecken, Hoffnungen zu entfachen, und wie schwer ist es, das Verprochene zu halten und die Menschen zufriedenzustellen.

Gerade die Unzufriedenheit mit den praktischen Leistungen der Partei führte im Grunde genommen zur Spaltung. Die daneben noch angeführten Ursachen sind nicht das Wesentliche. Die Massen sind ungeduldig, sie wollen aus dem Elend heraus und glauben sich durch die Parteibögen nur immer hingehalten. Diese reden und entwerfen schöne Zukunftsbilder von einer neuen, besseren Gesellschaftsordnung, die sich leider nicht in der gewünschten Frist erfüllen will.

Nun werden diese Parteiführer angegriffen und kritisiert, man schiebt ihnen die Schuld zu, daß die erweckten Hoffnungen sich nicht rascher erfüllen, obwohl oft genug betont wurde, daß die Entwicklung reif werden muß, bis eine Umgestaltung der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung stattfinden kann, ohne daß Rückschläge befürchtet werden müssen.

Anfang der Vierziger Jahre, nach dem Fall des Sozialistengesetzes, entstand die jungsozialistische Bewegung. Den Werner, Wildberger, Ernst, Schmidt usw. ging es viel zu schlafmüdig in der Partei zu. Es waren Stürmer und Dränger, deren Phantasie der Wirklichkeit vorauslief.

Es muß solche Menschen auch geben, denn sie sind der Sauerteig, der den eigentlichen Teiglumpen in die richtige Gärung versetzt, nur muß man Obacht geben, daß dabei auch ein richtiges Maß eingehalten wird. Der äußere Anlaß der Spaltung der alten Sozialdemokratie war die Meinungsverschiedenheit über die Bewilligung der Kriegskredite. Jeder Kenner der Verhältnisse mußte indes, daß die Spaltung vielleicht schon in Dresden 1903 begonnen wurde, ja daß Bernstein mit seinen revisionistischen Schriften nicht wenig dazu beigetragen hat, daß die alte Sozialdemokratie heute noch den langsamen, aber soviel sichereren Weg der stetigen Entwicklung wandelt und sich nicht auf abenteuerliche Putschpolitik einläßt. Wir erleben es nun, daß auch die Führer der abgepaltenen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei die Massen nicht zufriedustellen können, daß eine neue Spaltung stattfindet.

Die neue Hoffnung, an die sich die Masse klammert, ist im Grunde genommen die alte, man erwartet schnellere Verwirklichung des Sozialismus, d. h. dessen, was die Masse darunter versteht: Befreiung aus dem Elend der Gegenwart. In Rassel tagt die alte Sozialdemokratische Partei, in Halle zur gleichen Zeit die Unabhängige Partei. In Halle soll sich das Geschick der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland entscheiden, die Gegensätze drängen dazu.

Die Moskauer kommunistische Internationale arbeitet mit Hochdruck, um die bisherigen Führer der Unabhängigen Partei zu beseitigen und die Mitglieder für den Kommunismus zu gewinnen. Die Wahl der Delegierten zum Parteitag in Halle wurde durch Abstimmung vorgenommen. Die Befürworter des Anschlusses an die Kommunistische

Partei erhielten zirka 220, die Gegner 158 Mandate. Die Minderheit will unter allen Umständen an den alten Grundwurzeln festhalten, die Unavangänge Partei sei berufen, die deutschen Arbeiter zum Siege zu führen.

Es wäre müßig, darüber zu streiten, ob diese oder jene sozialistische Partei berufen sein wird, der revolutionären Umgestaltung, der politischen und wirtschaftlichen, ein in den letzten Sichel aufzudrücken und den Ruhm für sich in Anspruch nehmen zu können: wir haben es gemacht.

Ach nein, so spielt sich das nicht ab. Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der gesamten Arbeiterschaft selbst sein. Da müssen alle Parteischattierungen zusammen helfen und an der Verwirklichung des Zieles arbeiten. Ueber das Ziel herrscht tatsächlich auch Übereinstimmung. Wir alle wollen das gleiche Ziel, nur über das Wie herrscht nicht die gleiche Meinung.

Was die urabhängigen Führer und Massen der Mehrheitssozialisten zum Vorwurf gemacht haben, wird ihnen — den Unabhängigen — jetzt von den Kommunisten gesagt, nämlich sie wären konterrevolutionäre Arbeiterverräter. In einem Aufruf der Rinten des Zentralkomitees heißt es:

„Der grundsätzliche Gegensatz ist: Die rechten Führer wollen jede revolutionäre Aktion in Deutschland von der Gestaltung der revolutionären Situation in den westlichen Ländern abhängig machen. Sie wollen die Weltrevolution nicht vorantreiben, sondern warten, bis die Weltrevolution den deutschen Arbeitern hilft, d. h. sie wollen die Hände in den Schoß legen und nichts tun.“

Hier ist der grundsätzliche Gegensatz zwischen den Kommunisten und den Unabhängigen Sozialisten richtig herausgearbeitet, wenn auch die Form, in der er dargestellt wird, falsch ist. Die U.-S.-P.-Kommunisten sind im tiefsten Grunde Anhänger der Putschtaktik, in die ja auch die offiziellen deutschen Kommunisten trotz aller programmatischen Gegenerklärungen immer wieder verfallen. Sie wollen die Revolution vorantreiben, wie sie sich ausdrücken, d. h. sie stellen nach blanquistischem Rezept den Willen der Revolutionäre als allein oder doch vornehmlich entscheidendes Moment in ihrer Rechnung ein. Wir Unabhängigen Sozialdemokraten wollen die Erkenntnis, die Marx seinerzeit in seinem Kampfe gegen die Blanquisten dem Proletariat erarbeitet hat, nicht verschütten lassen. Wir wissen den revolutionären Willen zu schätzen, aber wir wissen auch, daß er ohne die entsprechenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nicht wirken kann. Was die U.-S.-P.-Kommunisten „die Hände in den Schoß legen“ und „nichts tun“ nennen, das ist nichts weiter als die barmüthige Taktik, die ausgeht von der nüchternen Abwägung der Kräfteverhältnisse, um dem Proletariat unnütze blutige Opfer und verderbliche Schwächung vor dem wirklich entscheidenden Moment zu ersparen.“

Diese Ausführungen stehen in Nr. 209 der Leipziger Volkszeitung und sie sagt dazu noch weiter: „Die Stelle zeigt, daß der Kampf nicht bloß um die Moskauer Bedingungen geht. Es geht um die Frage, ob kommunistische Taktik, die im letzten immer Putschtaktik ist, für die Unabhängigen Sozialdemokraten gelten soll, oder die Taktik, die gegründet ist auf die klare Erwägung der jeweiligen Kräfteverhältnisse, die, entschlossen zur Anwendung aller gegebenen Mittel im gegebenen Zeitpunkt, schwächende und zersplitternde Abenteuer entschieden ablehnt.“

Weil wir die Putschtaktik und das Unheil, das sie über die Arbeiterschaft bringen müßte, ablehnen, deshalb kämpfen wir gegen die Moskauer Bedingungen. Die Partei, Wejen und Nauca, würden wir bedenkenlos opfern, wenn es nötig wäre um der Sache der Arbeiterschaft, um des Sieges der Revolution willen.“

Um des Sieges der Revolution willen kämpfen wir alle, ganz gleich welcher Parteirichtung wir angehören. Namen sind Schall, auf den Namen kommt es nicht an. Ist man sich darüber im Klaren, dann ist doch nicht verständlich, warum die Wiederberufung der beiden sozialdemokratischen Parteien nicht in die Wege geleitet wird. Der Haber und Streit führt zu nichts, sondern lenkt nur ab vom revolutionären Kampfe. Der russische Sozialismus und Kommunismus kann uns nicht retten. Wir brauchen etwas anderes als russische Vorbilder. Wir wollen nicht zurück zur Halbbarbarei, sondern zu höheren Kulturformen aufwärts.

## Beiträge zur Frage über Moskau.

Nur Leipzig erhielten wir Anfang September durch Kollegen Dajda einen Artikel mit der Bemerkung: Verfasser ist Kollege Gahn, die Ortsverwaltung befürwortet die Aufnahme. Wegen Stoffmangel und Raumangel konnte der Artikel keine Aufnahme finden. In unserer Mappe lagern noch Artikel viel älteren Datums. Trotz einiger Briefe des Kollegen Gahn, mit allerlei Liebenswürdigkeiten ge-

spielt, glaube ich nicht, daß gerade die Frossardschen Eindrücke, die Kollege Gahn unseren Lesern vorsetzt, geeignet sind, die Wahrheit über Moskau wesentlich zu fördern. Ueber Rußland und russische Zustände haben die verschiedenen Besucher Rußlands fast übereinstimmend berichtet, daß die Zustände, die dort herrschen, aber auch gar nichts mit Sozialismus gemein haben. Durch die Presse geht zurzeit wieder ein Artikel, in dem der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei in der Moskauer „Pravda“, Probaschenki, nach der Berliner „Freiheit“ die Zustände in der kommunistischen Partei wie folgt schildert:

„Die Einigkeit und die kameradschaftlichen Bande von 1917 und 1918 sind in der Partei nicht mehr zu finden. Die Parteidisziplin ist zwar gewachsen, aber sie beruht mehr auf äußerem Zwang. Das Parteileben erstirbt gerade in den breiten Massen der Parteigenossen. Früher wußte der Durchschnittskommunist, daß auch er an der Bildung des Parteiwillens mitwirkte; jetzt hat er nur die Beschlüsse des Parteikomitees auszuführen. Der Grund für eine derartige Zentralisation liegt zwar in dem Todeskampf, den die Sowjetrepublik zu führen hat, allein man hat dabei das notwendige und zulässige Maß doch überschritten. Die Parteiarbeit ist mit Bureaucratismus durchdrängt, und diesem Uebel kann nicht von heute auf morgen abgeholfen werden, da es auf den Mangel von Kräften zur Bewältigung der ungeheuren Parteiarbeit zurückzuführen ist. Der Durchschnittskommunist steht den leitenden Parteimitgliedern auch feilsch fern. Das kommt daher, daß die leitenden Parteimitglieder wenig Interesse für die Schulung der Parteimasen an den Tag legen, aber auch der Unterschied in den Lebensbedingungen der beiden Gruppen, dem man zuerst wenig Bedeutung beimäßt, trägt sehr dazu bei, und bringt mit der Zeit auch einen Unterschied in der geistigen Verfassung mit sich. Was die Massen am meisten der Partei entfremdet, ist, daß die Partei von streberischen und gewinnjüchtigen Elementen durchsetzt wird, die ihr innerlich fernstehen. Wegen Mangels an Arbeitskräften mußte man sich mit derartigen Persönlichkeiten abfinden, aber wenn man nun zwischen ihnen und den Arbeitern zu wählen hat, so sind uns die Arbeiter lieber. Aber selbst bei einer glücklicherweise bisher geringen Anzahl alter Kommunisten ist der proletarische Geist im Schwunden begriffen. . . . Die geschilderten Zustände haben dazu geführt, daß zahlreiche Arbeiter, die sich während der großen Werbewoche bereits zum Beitritt gemeldet hatten, schließlich der allgemeinen Parteiregistrierung doch ferngeblieben sind.“

Die Ausführungen standen in der „Freiheit“. Freilich den hypnotisierten Moskaueranatikern sind das alles Verleumdungen, sie wollen nichts anderes sehen als jene Gata Morgana, die sie sich vorspiegeln.

Wir verwahren uns aber gegen alle Unterstellungen, als läge uns daran, die Wahrheit über Moskau zu unterdrücken. Wie Dikmann dem russischen Genossen Losowsky auf dem Betriebsratsongref nachgewiesen hat, geben die Russen selbst durchaus einander widersprechende Schilderungen über die Zustände in Rußland.

Wir lassen die Einfindung des Kollegen Gahn folgen:

In der „Humanite“ vom 13. August 1920 lesen wir folgenden interessanten Artikel, den der Genosse Pierre Laine über die Eindrücke des Genossen Frossard über Rußland von seiner letzten Reise bringt, die Platz finden sollten in jeder Arbeiterzeitung, um die systematische Hebe gegen unsere russischen Brüder zu unterbinden und uns anzuspornen, um endlich einmal unsere solange im Rußland erwartete Pflicht dem Weltproletariat gegenüber zu erfüllen. Die Ausführungen sprechen Bände und ersäufen alle die demagogischen Einwände und Verhöhnungen, von welchen Gewerkschaftszeitungen und andere Arbeiterblätter frohen. Unter anderen auch unser Blatt, die „Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Zeitung“.

Der Artikel der „Humanite“ trägt obenstehende Ueberschrift und beginnt:

„Der Sozialismus ist in Rußland realisiert.“

„Ich nehme hiermit die Fortsetzung der Berichte wieder auf, welche mir der Genosse Frossard anvertraute. Ich habe Dir gesagt, erinnerte er mich, daß die Bolschewiki die Gewalt in ihre Hände bekamen, als sich Rußland im Zustand der vollständigen Auflösung, des Zerfalls und der Anarchie befand. Sie haben die Ordnung wiederhergestellt, eine militärische Ordnung, dies ist wahr, aber es konnte nicht anders sein in Anbetracht des Bürgerkrieges und desjenigen gegen das Ausland.“

„Ich habe in der Presse gelesen, daß in Paris die Attentate häufig sind. Welch ein Kontrast! Wir sind ausgegangen bei Tag und Nacht in Moskau und Petersburg und in allen anderen Städten, die wir durchqueren, und haben überall die größte Sicherheit angetroffen. Es hat wohl am Anfang der



Revolution Aße des Banditentums gegeben. Dieselben wurden jedoch unbarbarisch unterdrückt. Die Macht der Bolschewiki gründet sich auf die kommunistische Partei, und dieselbe wiederum stützt sich auf die Gewerkschaften. Die Zentrale der Gewerkschaften, welche unserer C.G.T. (Confederation generale du travail) gleicht, vereinigt 4 1/2 Millionen Mitglieder. Sie hat an ihrer Spitze einen den Pariser Genossen sehr bekannten Führer, mit welchem sie lange zusammen gearbeitet haben, Diedo mit Namen, welcher anfangs Rinderbeiter war. Diese Organisation arbeitet im vollen Einverständnis mit der kommunistischen Partei, mit einem Wort, das Zusammenarbeiten ist ein gutes.

**Die rote Armee.**

Um das zu verteidigen, was Trotsky das sozialistische Vaterland nennt, waren die russischen Kommunisten gezwungen, eine Armee zu bilden. Sie haben dieselbe aus allen Teilen zusammengekehrt und ihr einen Klassencharakter gegeben. Die rote Armee zählt 3 1/2 Millionen Soldaten, darunter 85 Proz. Bauern. Sie ist umrahmt durch Mitglieder der kommunistischen Partei. Einer strengen Disziplin unterworfen, hat sie ja in den letzten Zeiten ihre tüchtigen Eigenschaften im Kampfe bewiesen. Das Oberkommando ist unteren Beamten der ehemaligen Armee, ja sogar Unteroffizieren und Mannschaften unterstellt, die sich große Kenntnis im Kriege erworben haben. Wir haben dieselbe überall gesehen, und sie hat einen großen Eindruck auf uns gemacht. Sie ist gut angezogen ausgerüstet und gut verproviantiert. Damit nichts fehlt, macht das Volk große Anstrengungen und bringt dafür die größten Opfer der Entbehrungen. Es ist eine Macht, befehlt mit revolutionärem Geiste.

**Der Kapitalismus ist ausgerottet.**

Die revolutionäre Situation in seiner Zusammensetzung war niemals besser als jetzt. Die Kommunisten können der Zukunft vertrauensvoll entgegensehen. Die Regierungsform, welche Bauern und Arbeiter sich gegeben haben, befindet sich in einem Stadium der absoluten Sicherheit.

Was erstaunlich ist, in Anbetracht der von mir erwähnten Schwierigkeiten, das ist, daß die sozialistische Revolution soziale Probleme schon gelöst hat. Das hauptsächlichste ist die Abschaffung des Kapitalismus in diesem ungeheuren Lande.

Die Bourgeoisie als herrschende Klasse ist verschwunden! Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen hat aufgehört. Wir werden den Lesern der „Sumanite“ sagen, was in dieser Hinsicht getan worden ist. Wir werden ihnen die verschiedenen bis jetzt durchlaufenen Etappen erklären. Wir werden ihnen auch die ausführlichen Erklärungen über die Durchführung der Sozialisierung und des freien Handels, sowie über das Agrarproblem, welches die Bolschewiki mit einem ausgezeichneten Wirklichkeitsinn (sens admirable des realites) zu lösen verstanden haben. Wir werden ihnen auch das große vollbrachte Werk Lunatscharskas (auf dem Gebiete der Schule) nennen, das dem Wohle der Menschheit dient.

Um diese flüchtige Skizze über die russische Situation zu schließen, will ich noch beifügen, daß dieses herrliche Proletariat, so sehr fähig der Aufopferung, die schwersten Entbehrungen durch die bürgerliche Schuld der Entente erleidet. Es hungert und ist von elementblökt. Die Blockade würgt es an der Kehle. Es hat gefrorenen letzten Winter, es wird vieleleicht den kommenden wieder frieren. Nichtsdestoweniger behält es den Glauben an den Sozialismus, und nichts Gegenteiliges kann Eindruck auf einen Mitkämpfer machen.

**Pierre Laine.**

Und feither sind spaltenlang die versprochenen Artikel beider Genossen erschienen, die diese Anstrengungen voll und ganz bestätigen. Es sollte nun eine Freude sein für unsere Zeitungen, diese verbreiten zu helfen, denn besseres Agitationsmaterial gibt es überhaupt nicht. Aber weit gefehlt; wo man kann, wird die russische Revolution in den Not gezogen, wie es der Artikel von Veritas in Nr. 34 unserer Zeitung wieder beweist. Und dieses Pseudonym nennt sich ausgerechnet Veritas (Wahrheit).

Was sich Veritas an Verdrehung der Wahrheit leistet, geht zur Genüge obenstehender Artikel. Traurig steht es mit ihm, wenn er ausgerechnet die „Leipziger Volkszeitung“ zitiert, die zurzeit auf demselben Punkte angelangt ist, wie wir in Land vor dem Kriege der „Vorwärts“, wo er dann durch den „Sumanflug“ von nicht weniger als sechs Redaktionen gereinigt werden mußte. Doch dies nur nebenbei.

Während unsere russischen Brüder auf den Trümmern der alten Gesellschaft eine neue, gigantische erstehen lassen, was sogar bürgerliche Poli-

tiker zu begreifen anfangen (siehe z. B. der Minister Simons), suchen unsere kleinen und kleind. Genossen der Partei und der Gewerkschaften diejenigen Stellen der Revolution heraus, wo sie noch verwundbar ist. Es ist doch ganz kindisch, zu glauben, daß aus Rußland in der kurzen Zeit ein Paradies geworden sein kann. Anstatt die russische Revolution zu bewundern, ersuchen wir Veritas und alle solche Veritasse, mitzubelfen, daß wir erst einmal soweit sind wie unsere russischen Brüder. Diese warten auf uns und brauchen uns zur Fortführung der Revolution. Studiert schnell unseren Karl Marx, so wie es die Russen getan haben, und wenn Ihr es getan habt, so werdet Ihr mit leichtem Herzen die Bedingungen annehmen können, die von Moskau kommen. Sie sind im Interesse der Weltrevolution das natürlichste von der Welt und hätten von uns selbst aufgestellt werden müssen. Es ist reiner Marxismus, welcher dort gehandhabt wird, oder vertritt es sich nicht mit einem der großartigsten Schlussfolgerungen des Kapitals von Karl Marx, also zu lesen Band I, Volksausgabe von Karl Kautsky, Seite 680, im 2. Abj.: „Alle aber benutzen die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft, um den Verwandlungsprozess treibhausmäßig zu fördern und die Uebergänge abzukürzen. Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie selbst ist eine ökonomische Potenz.“

**Revolutionäre Taten!**

**Tatsachen beweisen, nicht leere Worte!**

Daß die Beschimpfung der deutschen Gewerkschaften als angeblich konterrevolutionäre Gebilde jeder Berechtigung ermangelt, beweisen die Leistungen derselben.

Im Jahre 1919 konnten die freien deutschen Gewerkschaften einen Zuwachs an Mitgliedern von 4 1/2 Millionen buchen.

Für Streiks und Lohnbewegungen wurden aufgewandt 45 1/2 Millionen Mark, für Unterstützungszwecke 45 Millionen Mark und für Bildungszwecke 15 1/2 Millionen Mark.

Das sind Taten und Leistungen, die sich sehen lassen und jeder Kritik standhalten können.

Die Gewerkschaften sind und müssen bleiben das Fundament des Emanzipationskampfes der deutschen Arbeiterschaft.

Was tun also Lenin und Genossen anderes? Und warum tun sie es? Weil sie die Schriften unserer Meister viel besser studiert haben als viele unserer Genossen und weil sie auch den Mut aufbringen, die Konsequenzen zu ziehen. Hierzu noch ein fundamentaler Satz aus gleichem Werte, hauptsächlich für die Journalisten, welche immer meinen, es müßte alles Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte dauern und den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen.

Wir lesen Seite 691, dritte Spalte: „Die Verwendung des auf eigener Arbeit der Individuen beruhenden, zersplitterten Privateigentums in kapitalistisches ist natürlich ein Prozeß ungleich mehr langwierig, hart und schwierig, als die Verwandlung des tatsächlich bereits auf gesellschaftlichem Produktionsbetrieb beruhenden kapitalistischen Eigentums in gesellschaftliches. Dort handelt es sich um die Expropriation (Enteignung) der Volksmasse durch wenige Usurpatoren (sich widerrechtlich etwas aneignende), hier handelt es sich um die Expropriation weniger Usurpatoren durch die Volksmasse (hierzu siehe noch kommunistisches Manifest, Seite 32 der 6. Berliner Ausgabe).“ Vorwärts also, sich in die Wissenschaft vertiefen, weniger reden und mehr handeln. Millionen Hungernder warten auf Taten, Millionen Arbeiter sind bereit, nützliche Arbeit zu leisten, aber nicht mehr für den Profit, sondern für den Sozialismus.

**Die Genossenschaftsschule des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine**

in Hamburg wurde am 4. Oktober eröffnet. Auf dem Grundstücke der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, Beim Strohhause 16, ist ein Gartenhaus zur Verfügung gestellt, das nach den nötigen Umbauten für Hörer und Lehrer angenehme und zweckmäßige Arbeitsräume bietet. In der Anschauung beteiligten sich die Revisionsverbände, die Genossenschaftszentralen und die genossenschaftlichen Organisationen Hamburgs durch namhafte Spenden. Die erforderlichen Möbel wurden durch genossen-

schaftliche Betriebe in vorzüglicher Ausstattung geliefert.

Der erste Halbjahreskursus, an dem zwanzig Hörer aus allen Teilen des Reiches teilnehmen, begann am 6. Oktober seine Tätigkeit. Der Unterricht erstreckt sich auf alle für die praktische und theoretische genossenschaftliche Wirksamkeit wesentlichen Wissensgebiete und soll die Teilnehmer zur Uebernahme leitender Stellungen in der Genossenschaftsbewegung befähigen. Den Hörern wird durch die Organisation, in deren Dienst sie stehen, das Gehalt weitergezahlt; die Kosten des Aufenthalts in Hamburg und des Unterrichts trägt die Fortbildungskommission aus den von den Genossenschaften sungs-gemäß zur Verfügung gestellten Mitteln.

**Das Arbeitslosenproblem.**

Die Zahl der Arbeitslosen schwollt in fast allen Großstädten an, und dennoch hört man, daß noch immer nicht an eine baldige Vollbeschäftigung der schon lange Zeit verkürzt Arbeitenden zu denken ist. Die Zahl der Erwerbslosen beträgt, soweit Meldungen vorliegen, in Berlin zurzeit zirka 67 000, in Hamburg 25 067. Nach dem Reichsarbeitsblatt betrug am 15. September die Zahl der Erwerbslosen 777 380 inkl. der Familienangehörigen, die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug 408 381 gegen 1,1 Million im Januar 1919, wo die Arbeitslosigkeit den höchsten Stand erreicht hatte.

Am härtesten betroffen sind von der Arbeitslosigkeit Berlin, Hamburg und der Industriekraat Sachsen. In Hamburg ist die Ursache naturgemäß zurückzuführen auf das Ruhen der Seeschifffahrt. Mit der zunehmenden Kälte ist leider wieder mit einer weiteren Zunahme der Arbeitslosenziffern zu rechnen.

Es ist zu verstehen, wenn die von der Arbeitslosigkeit hart Betroffenen nach Abhilfe rufen. Mit der Erwerbslosenunterstützung werden sie gerade vor dem Verhungern geschützt, auf wie lange ist aber eine andere Frage. Daher müssen endlich Wege beschritten werden, die geeignet sind, das Ende der Arbeitslosigkeit zu bannen. Was hilft es den Arbeitslosen, wenn man sie auf die Weltrevolution verweist? — Bis der Kapitalismus in allen Kulturländern gestürzt werden kann und an seine Stelle eine kommunistische Weltwirtschaft getreten ist, können die Arbeitslosen nicht getröstet werden. Mit solcher Aussicht kann ihnen nicht geholfen werden.

Aber ebensovornig dürfen wir sie darauf verlassen, daß unser Wiederaufbau der Industrie ihnen Hilfe bringen wird, denn auch dieses Problem wird in absehbarer Zeit nicht gelöst werden können. Industrielle Produktion ist nur möglich, wenn Absatzmärkte für die Erzeugnisse vorhanden sind. In allen kapitalistisch beherrschten Ländern finden wir dieselbe Misere, große Arbeitslosigkeit, Mangel an Absatzgebieten. Der Konkurrenzkampf um die Weltmärkte muß zumal von Deutschland mit den schwächsten Mitteln geführt werden. Das Beste ist bekanntlich seine schlechte Wafuta.

Die Arbeitslosigkeit in den Industriezentren, mit Ausnahme von Rheinland und Westfalen natürlich, wo der Sitz der Berg- und Hüttenindustrie ist, wird in absehbarer Zeit nicht gebannt werden können.

Es gibt nur eine Möglichkeit, das ist die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten anderer Art. Wohl oder übel muß endlich daran gedacht werden, die Unterbringung größerer Arbeitermassen auf dem Lande, auf größeren Gütern usw. ernstlich in Angriff zu nehmen. Die Schwierigkeiten müssen überwunden werden, die sich dem entgegenstellen, weil es einfach keine anderen Möglichkeiten gibt. Deshalb ist es Pflicht eines jeden, der die Gefahr erkannt hat, vor der wir stehen, seine Augen zu öffnen für das Notwendige.

Es hilft den Arbeitslosen nicht weiter, wenn man sie getröstet auf kommende bessere Zeiten. Wir müssen ihnen Karmachen, daß viele Tausende bereit sein müssen, ihren erlernten Beruf mit einem anderen, weniger angenehmen vielleicht zu wechseln, wo immer sich Gelegenheit findet.

Aber auch die maßgebenden Stellen der Regierung sollten nicht länger säumen und erwägen. Es ist höchste Zeit, daß endlich etwas tatkräftig in Angriff genommen wird, was bisher schon lange genug erwogen, hin und her geschoben wurde, ohne daß man jedoch dazu gelangt ist, weiterzugehen. Gew. in Vergaun ist geschafft worden, es sind Unterfindsräume geschaffen, und viele Tausende von Bergarbeitern werden mehr beschäftigt. Das muß auch in den erzeugenden Industrie für Wafstoffe, Düngemittel und in der Land- und Forstwirtschaft geschehen. Leisten die Großquartier Widerstand und Sabotage, dann muß versucht werden, damit fertig zu werden. Es hilft ihnen alles nichts, selbst wenn sie die Arbeiter zur Verzweiflung und vor die Maschinenengewehre treiben, das Problem der Arbeitslosigkeit bleibt bestehen, und es muß gelöst werden, vorher gibt es keinen Frieden!

Der Stand der Arbeitslosigkeit Ende September 1920 im deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverband.

	Zahl der Familien		Es berichteten mit Mitgliedern		Es bericht. nicht mit Mitgl.		Ende August waren arbeitslos			Arbeitslose am Ort und auf der Reise kamen auf je 100 Mitglieder 1920				Arbeitslose Mitglieder am Orte insgesamt im Vierteljahr (unterstützte und nicht unterstützte)		Gesamtzahl der Arbeitslosenstage, einschließlich Wartezeit (der Unterstützten und Nichtunterstützten)	
	Zahl der Familien	Familien	männlich	weiblich	Familien	mit Mitgl.	männlich	weiblich	aufammen	Ende Juni	Ende Juli	Ende August	Ende Sept.	männlich	weiblich	bei männl. Arbeitslosen	bei weibl. Arbeitslosen
										Proz.	Proz.	Proz.	Proz.				
1. Ost- und Westpreußen, Pommern . . . . .	16	14	937	13	2	24	139	1	140	12,6	24,0	22,2	15,1	231	2	11067	77
2. Berlin, Brandenburg . . . . .	20	17	6125	987	3	220	1971	124	2095	24,5	24,7	17,7	29,4	3532	865	67011	8490
3. Posen, Schlesien . . . . .	14	18	730	187	1	807	67	29	96	19,6	17,0	18,7	11,5	120	51	3031	1208
4. Provinz Sachsen, Anhalt . . . . .	22	17	1522	370	5	47	86	62	148	6,8	12,0	11,3	8,0	259	110	6102	3112
5. Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Lübeck, Hamburg . . . . .	17	14	1821	140	3	100	443	31	474	26,7	26,5	26,1	24,3	780	45	25032	448
6. Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Bremen . . . . .	14	13	1899	128	1	56	178	15	193	11,6	12,8	15,5	12,8	289	45	12307	607
7. Westfalen, Lippe . . . . .	15	13	974	80	2	52	24	1	25	7,4	4,8	5,1	2,8	188	9	3347	140
8. Rheinprovinz . . . . .	21	15	2148	498	6	263	163	65	228	12,4	13,9	11,3	8,6	351	82	9510	1930
9. Hessen-Nassau, Hessen . . . . .	15	12	5765	1691	3	509	1713	374	2087	14,9	34,1	33,4	28,0	2624	574	81603	88360
10. Bayern mit Pfalz . . . . .	17	14	1415	614	4	1802	304	259	563	22,3	33,3	33,3	27,7	519	528	23904	13710
11. Preuss. Ostpreußen . . . . .	25	22	2407	272	3	1743	477	48	525	18,1	22,6	19,4	19,5	692	106	2801	3954
12. Preuss. Westpreußen . . . . .	15	11	2245	284	4	318	360	51	411	11,6	16,6	23,8	16,5	642	103	23513	3279
13. Preuss. Thüringen . . . . .	12	9	494	61	3	150	65	10	75	18,0	18,3	17,3	13,5	122	13	4523	230
<b>Deutsches Reich . . . . .</b>	<b>224</b>	<b>184</b>	<b>27982</b>	<b>5275</b>	<b>40</b>	<b>5591</b>	<b>5990</b>	<b>1070</b>	<b>7060</b>	<b>17,9</b>	<b>23,8</b>	<b>22,1</b>	<b>21,3</b>	<b>10249</b>	<b>2033</b>	<b>273756</b>	<b>125545</b>

In den Verwaltungsstellen, die den Bericht eingesandt haben, erhielten 5277 männl. Mitglieder für 142240 Tage 468055 Mt. Arbeitslosenunterstützung und 821 weibl. Mitglieder für 21254 Tage 35615 Mt. 79 auf der Reise befindlichen Kollegen wurde für 271 Tage 725 Mt. Reiseunterstützung ausbezahlt. Die Arbeitslosigkeit hat besonders in Berlin-Brandenburg arg zugenommen. Posen und Schlesien weist wie die übrigen Provinzen eine geringe Besserung des Arbeitsmarktes auf, was in den Durchschnittszahlen 21,3 Ende September gegen 22,1 Ende August zum Ausdruck kommt.

Nicht berichtet haben: Greifswald, Swinemünde, Cottbus, Frankfurt a. O., Potsdam, Breslau, Vermburg, Langensalza, Mäckerleben, Duedlinburg, Stendal, Flensburg, Rendsburg, Uetersen, Osnabrück, Bocholt, Gelsenkirchen, Bonn, Düren, Fumstift, Münden-Grabbach, Waldbrohl, Wesel, Köppern, Mainz, Marburg, Ansbach, Erlangen, München, Würzburg, Leipzig, Reichenbach, Bittau, Lahr, Pforzheim, Neutlingen, Ulm, Arnstadt, Eisenach und Jena.

**Krisen.**

Solange es eine kapitalistische Wirtschaftsordnung gibt, wird es auch Krisen geben, hervorgerufen durch die anarchische Produktionsweise der kapitalistischen Gesellschaft. Es liegt durchaus nicht in der Macht einzelner Unternehmer oder Verufe, nur nach Bedarf zu produzieren, um Gleichmäßigkeit in der Produktion zu erzielen und dadurch die Krisen auszuschieben. Denn jeder Kapitalist und Unternehmer ist der Diktatur des Geldes unterworfen, welches ihm vorschreibt, wie er zu handeln hat, wenn er keine Verluste erleiden will. Da nun jeder Besitzende nicht nur zu verhindern sucht, daß sich sein Besitz verkleinert, sondern alle Mühe darauf verwendet, denselben zu vergrößern, so ist er gezwungen, der Eigenart des Geldes entsprechend zu handeln. Also er ist der Sklave seines Geldes oder Eigentums. Daraus folgt, daß die herrschende Klasse nicht in der Lage ist — selbst den guten Willen dazu vorausgesetzt —, die regelmäßig wiederkehrenden Krisen zu verhindern.

In der Arbeiterschaft selbst macht man sich in Zeiten des Niedergangs allerhand Illusionen, wie man am besten über den schlechten Geschäftsgang hinwegkommt und wie man Krisen verhindert. Es ist selbstverständlich, daß jede Krise eine weitere Verelendung der Arbeiterklasse mit sich bringt. Ebenso ist es Tatsache, daß ein Teil der kleinen Unternehmer über die Klinge springen muß zugunsten der kapitalistischeren. Wenn nun derjenige Teil der Arbeiterschaft, welcher die volle Auswirkung der Krise dadurch zu spüren bekommt, daß seine Arbeitskraft lahmgelagert wird, das heißt daß er arbeitslos wird, verschiedene Vorschläge macht, wie man der Not am besten steuert, so ist das an sich berechtigt, soweit es sich darum handelt, die Kapitalisten zu zwingen, von ihrem Profit einen Teil zugunsten der Arbeitslosen herzugeben. Damit ist allerdings die Krise noch lange nicht beseitigt und auch das Elend der Arbeitslosigkeit nicht aus der Welt geschafft. Es ist lediglich ein Palliativmittelchen, welches evtl. eine allzugroße Verelendung der Arbeiterschaft verhindern würde, aber auf der andern Seite die Reihenfolge der Krisen beschleunigen müßte. Der Arbeiterbewegung selbst würde es wohl kaum zum Schaden gereichen, wenn diese Forderung Gesetz würde. Etwas anderes ist es schon, wenn die Arbeitslosen bei ihren Demonstrationen versuchen, ihre Kollegen aus den Betrieben herauszuholen. Die Forderung, die Arbeitszeit zu verkürzen, um mehr Arbeitslose einzustellen zu können, ist voll berechtigt, und es werden auch die Kollegen derjenigen Betriebe, welche voll beschäftigt sind, dieser Forderung volles Verständnis entgegenbringen. Wir sind Betriebe bekannt, in welchen man bereits praktisch gearbeitet hat, indem man die Arbeitszeit um acht Stunden verkürzte und dann auf je fünf Kollegen einen arbeitslosen Kollegen einstellte. Also daran ist zu sehen, daß auch die in Arbeit stehenden Kollegen gewillt sind, dazu beizutragen, die Forderungen der Arbeitslosen zu bewilligen. Ungerecht und schädlich für die Arbeiterbewegung ist es aber, wenn man fordert, daß auch

solche Betriebe, welche nur 24 resp. 30 Stunden arbeiten, genau so verfahren. Damit wäre beiden Teilen der Arbeiterschaft nicht gedient, sondern die an und für sich schon niedrige Lebenshaltung der Arbeiterschaft würde auf ein noch tieferes Niveau herabsinken. Deshalb wäre ein solches Vorgehen reaktionär und unserer Bewegung schädlich. Sicher am sympathischsten ist immer noch die Forderung der Arbeiterschaft, die verlangt, daß man die Betriebe derjenigen Unternehmer, welche die Krise dazu benutzen, die Betriebe zu schließen, enteignet, um Bedarfsartikel produzieren zu können. Man darf allerdings nicht verkennen, daß auch diese Betriebe dann auch noch unter den Krisen zu leiden haben, da wir ja durch derartige Teilsozialisierungen noch lange nicht das kapitalistische Wirtschaftssystem abgeschafft haben. Die Unterkonsumtion der Arbeiterschaft würde dadurch noch nicht beseitigt, und was nicht die Anfertigung von Bedarfsartikeln, wenn noch nicht mal die Produzenten derselben in der Lage sind, sich damit zu versehen, so dringend nötig dieselben gebraucht werden. Also auch dies ist noch nicht der richtige Weg, welcher uns vorwärts führt.

Nun führte in der letzten Generalversammlung in Berlin, welche sich mit der Frage der Arbeitsgemeinschaften beschäftigte, Kollege Splied aus: „Wir müssen den Weltmarkt erobern, wenn wir unserer Industrie wieder auf die Beine helfen wollen und die Arbeiterschaft nicht verhungern soll.“ Wer glaubt, damit Krisen aus der Welt zu schaffen, der irrt. Die Geschichte lehrt uns etwas anderes. Aber der Gedanke selbst, von einem Sozialisten ausgesprochen, ist absurd. Wir Sozialisten bekämpfen die Idee des Nationalismus auf das schärfste. Wir suchen Verbindungen mit den Sozialisten anderer Länder, um gemeinsam unserer gemeinsamen Feind, den Kapitalismus, zu bekämpfen. Wir sind international und sind stolz darauf. Wenn nun ein Sozialist daherkommt und sagt: „Wir müssen den Weltmarkt erobern“, so heißt das: wir müssen unsere Brüder und Genossen in Frankreich, England, Amerika und der ganzen Welt vom Arbeitstisch verdrängen, sie der Arbeitslosigkeit, welche wir jetzt zur Genüge am eigenen Leibe verspüren, preisgeben; das heißt: sie wirtschaftlich schwächen, um unsere Kapitalisten zu stärken, ohne daß wir selbst dabei etwas erreichen könnten. Auf kurze Zeit vielleicht!

Mit demselben Recht hat ein Wilhelm II. den Platz an der Sonne erobern wollen, und wenn man ehelich sein will, muß man doch sagen, wenn man derartigen Gedanken huldigt, dann muß man auch die Ansicht vertreten, daß, wenn man den Weltmarkt erobern will, man auch die Industrie schützen muß. Dazu gehören Kanonen, Munition, Soldaten, Kriegsschiffe, und ganz zuletzt wird man angegriffen und zieht in den heiligen Krieg. Dann aber nicht mehr, um den Weltmarkt zu erobern, sondern um das „Vaterland geliebtes“ zu retten. Wenn wir die Verhältnisse ändern wollen, können wir sie niemals auf dem Wege des Ändern ändern, sondern nur Hand in Hand mit den Genossen und Kollegen aller Länder. Nicht „den Weltmarkt erobern“ darf es

heißen, sondern den Weltkapitalismus beseitigen. Nicht unseren Arbeitsbrüdern über den Grenzen ihren Existenzkampf erschweren, sondern gemeinsam mit ihnen die Zukunftswirtschaft beraten. Wir drängen sie nicht vorwärts, wenn wir ihnen Schmutzkonkurrenz machen, sondern wir geben dadurch den Kapitalisten ihrer Länder Gelegenheit, Arbeiter gegen Arbeiter auszuspielen, wie es 1914 der Fall war. Weit müssen wir imperialistische Gedankengänge von uns weisen, und es ist nun mal Imperialismus, wenn man den Weltmarkt erobern will, lieber Kollege Splied. Wir wollen erobern und wollen auch siegen. Aber wir wollen nicht Länder und Märkte erobern wie der Imperialismus, wir wollen den Menschen erobern. Das will der Sozialismus. Wir wollen nicht über Menschen siegen, wie der Kapitalismus, wir wollen über das Eigentum, den Besitz siegen. Das will der Kommunismus. Gemeinsam mit den Ausgebeuteten der ganzen Welt, „international“ wollen wir das herrschende System beseitigen. Und daran müßt Ihr alle helfen, ob in Arbeit stehend oder arbeitslos; dann werden die Krisen überwunden sein. Nicht das Eigentum, tote Sachen werden Menschen beherrschen, sondern die Menschen werden die Sachen, die Wirtschaft beherrschen. Die Kaufkraft wird dieselbe Höhe haben wie die Arbeitskraft. Und unsere Kinder werden freie Menschen sein! **Fritz Koch.**

**Die Berliner Betriebsrätezentrale und die Gewerkschaften.**

In einer Sitzung der Parteien und Gewerkschaften sollte auf Anregung der Kommunisten Stellung zur Arbeitslosenfrage genommen werden. Vertreter der Gewerkschaftskommission erklärten sich bereit, an einer Aktion für die Arbeitslosen teilzunehmen. Es sei aber notwendig, konkrete Forderungen aufzustellen, um der Verelendung der Massen entgegenzuwirken. Die Massen können nicht warten, bis das Proletariat die politische Macht erobert hat. Zunächst müssen Lebensmittel und Kleidung für die Arbeitslosen beschafft werden.

Eine Aktion nach dem Vorschlag der K.P.D., selbst wenn sie nur 24 Stunden dauere, würde in der jetzigen wirtschaftlichen Situation unabsehbare Folgen haben. Der Vertreter der U.S.P. war der selben Ansicht. Auf Verlangen von Brandler und Neumann verließen dann die Vertreter der Gewerkschaftskommission und der U.S.P.D. die Sitzung.

Die Kommunisten und die Betriebsrätezentrale tagten weiter, ihre Beschlüsse sind noch nicht bekannt. Die „Freiheit“ warnt die Arbeiter vor Aktionen, die nicht von den verantwortlichen Partei- und Gewerkschaftsvertretungen angezettelt werden.

Es war vorauszusehen, daß die Betriebsrätezentrale in der Münzstraße ihre Pläne weiterverfolgen würde. Es ist nun die Frage, ob die Berliner Gewerkschaften und das Gros der Arbeiterschaft hinter der Gewerkschaftskommission und der U.S.P.D. steht, oder ob es sich endgültig auf den Standpunkt des Kommunismus stellt.



### Das Gebot der Stunde!

Wer Menschlichkeit und besonders Liebe zu seinen Arbeitsbrüdern besitzt, wer die verzweifelte Lage der Arbeiterschaft kennt, dem dreht sich das Herz herum, wenn er seinen Blick richtet auf die gegenwärtigen Verhältnisse und besonders auf das Versammlungsleben.

Wir sind Kampforganisation und wollen es sein! So tönt uns überall der Schlachtruf derer in die Ohren, welche glauben, Kampfgewinne bedeuten, allen ihm am nächsten stehenden, not- und leidverwandten Klassengenosse mit allen Mitteln das Leben schwer zu machen.

Mit wahrhaft mittelalterlichem Sekten-Fanatizismus wird jeder beschimpft und mit unglaublichen Redensarten trafiziert, der nicht blind und taub auf ihre Parolen schwört, sondern eine eigene Meinung und eigene „Grundsätze“ bemacht. Selbst wer ein halbes Menschenalter Familienglück, Erholungsstunden und seine Nerven der Arbeiterschaft opferte, wenn er seinen Opfermut uns noch immer täglich bezugt durch seine Arbeit für das Allgemeinwohl, es tut nicht: „Der Jude wird betrunken!“

Man sieht nicht das Selbstlose an solcher opferreichen Arbeit und will es nicht sehen, nur um dem lieben Nächsten keine Anerkennung zollen zu müssen.

Dieses alles wäre zu ertragen, doch die Galle kocht bei dem Gedanken, daß sich die Arbeitsbrüder untereinander zum eigenen Schaden zerfleischen, und zwar zur hellen Freude derer, welche zu bekämpfen wir uns vornahmen.

Da drängen sich doch jedem, der mit heißer Liebe an der Arbeiterschaft hängt, die Fragen auf: „Wie lange soll das noch dauern? — Wie wird das enden? — Und warum ist das so?“ — Auf die erste Frage kann und darf die Antwort nur lauten: „Es ist genug des graujamen Spiels!“ Suchen wir wieder zusammenzufommen! Vermeiden wir, da wir uns doch nicht überzeugen können, ganz einfach über das zu reden, was uns trennt. Finden wir uns wieder zusammen zu gemeinsamer, erfolgversprechender Arbeit.

Es gibt so vieles, was uns als Arbeiter eint, daß uns eigentlich gar keine Zeit bleiben dürfte, uns in unnützem Haß die Haare zu raufen. Versuchen wir zunächst, Mensch zu sein und das, was wir uns zu sagen haben, in Ruhe, Sachlichkeit und mit anständigen Worten zu sagen. Regen wir den rücksichtigen Wahn ab, nur der sei ein echter Arbeiter, welcher mit der Faust auf den Tisch hämmert und sich so robust wie möglich gebärdet. Es wird höchste Zeit, daß wir einhalten mit unkollegialer, unmoralischer Selbsterleuchtung, Kollegen, sonst werden sich in unseren geschlagenen, geschwächten Körper diejenigen teilen, welche schon heute mit freudigem Schwunzeln die Zeit erwarten, wo sie uns wieder wie einst in wirtschaftliche und politische Fesseln schlagen und darin festhalten können, mit der Begründung, daß der Arbeiter nur als dreifüßiges Vieh, nicht aber als mitbestimmender Faktor im Wirtschaftsleben zu gebrauchen ist.

Die Gefahr ist groß! Schon sind den kleineren Vorhutgeschichten größere Schlachten gefolgt! Die Arbeiterschaft kehrt meist geschlagen und moralisch gebrochen aus diesen schlecht vorbereiteten Kämpfen zurück, ihre besten Kollegen auf der Strecke lassend. An den hier und da aufflackernden Feuerchen wärmen sich unsere Gegner ihr Süppchen. Wir bereiten ihnen nur den Boden zur Gegenrevolution. Nur eine einheitliche, geschlossene Masse kann unsern Unterdrückten das abtropfen, was wir erstreben: die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse.

Die Beantwortung der Frage: „Wie wird das enden?“ wird davon abhängen, ob wir Vernunft und Kraft genug aufbringen, um uns zusammenzufinden zu gemeinsamer Arbeit, zu geschlossenem Kampf.

Doch warum ist es so? Warum zerfleischen sich die Arbeitsbrüder zu ihrer Gegner Freude? Durch das bereits Gesagte wurde manches gestreift, doch noch andere, tiefere Ursachen sind da. Nach der Revolution sind eine Masse von Kollegen zu uns gekommen. Wir wollen uns dessen freuen, war es doch immer unsere vornehmste Aufgabe, eine wirksame Agitation zu entfalten. Aber welche Wirkungen hat dieser Massenzustrom von Mitgliedern ausgeübt? Wesen wir zunächst einen kurzen Blick in die Vergangenheit.

Die Kollegen, welche vor der Revolutionszeit zu uns kamen, besuchten meist die erste Zeit die Versammlungen eifrig, um sich zu unterrichten über unsere Ziele und Gedanken. Dabei erfuhren sie, daß wir im ähnen Kampfe, Schulter an Schulter, eine Position nach der anderen zu erringen suchten. Erst nach und nach, wenn sie Erfahrung besaßen, griffen die Kollegen in die Diskussionen ein, wuchsen also gleichsam in die Bewegung hinein.

Was aber erleben wir heute? Kollegen, welche uns früher nie verstanden konnten oder wollten, welche sich oft genug feindselig im bewußten Gegensatz zu uns befanden, kommen heute in unsere Reihen und machen uns nach Zahlung einiger Beiträge die heftigsten

Gezenen und Vorwürfe über unsere „verfehlte Vergangenheit“. Sie wollen uns sagen und vorschreiben, wie es gemacht werden muß. Es ist dieses aber die bekannte Laktik: Mit dem Kopf durch die Wand. Stürzen die Alten nicht gleich auf den ersten Stoß, setzt man sich großem Arbeits und schimpft auf die Kollegen, welche nun mit Hammer und Meißel an die Arbeit gehen. Ja, man hindert die Kollegen erst an der Arbeit, verdirbt ihnen das Werkzeug, und dann schimpft man, daß auch ganz und gar nichts geschafft wird.

Viele alte, erfahrene, tüchtige Kollegen, angewidert von dem ewigen Lärm, bleiben heute den Versammlungen fern. Gerade sie waren dort noch nie so nötig als heute. Früher ließen wir von Haus zu Haus, kleben Zettel an, besuchten die Kollegen in der Wohnung usw., um sie für unsere Sache zu gewinnen; heute haben wir Agitation in unseren Versammlungen zu treiben, heute haben wir Aufklärung zu tragen in unsere eigenen Reihen.

Das Gebot der Stunde ist: Die zugeströmten Kollegen sind bei der Fahne zu halten! Die Kollegen sind zu Mitkämpfern zu erziehen und zu begeistern. Darum, ihr Kollegen alle, denen noch ein Fünkchen der alten Liebe und Begeisterung zur Arbeiterschaft geblieben ist: Heraus aus Eurer Reserve! Schart Euch zusammen, greift tatkräftig mit ein und helfst mit verteidigen die letzten Errungenschaften der Revolution! Unsere Parole sei: Liebe, Nachsicht, Vertrauen und Solidarität nach innen, aber rücksichtsloser, geschlossener Kampf denen, welche sich dem geistigen Aufstieg, der wirtschaftlichen Befreiung der Arbeiterklasse entgegenstemmen! Auf zur Arbeit! Heran an die Front! Einheit ist unser erstes Gebot! Paul Gehring.

### Die Verleumdung der Gewerkschaften.

Zurückweisung durch den Parteitag der U.S.P.

Der Parteitag der U.S.P. beschloß in seiner letzten Sitzung folgende Resolution:

Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Dritten Internationale, Sinowjew, brachte in seinem Referat zum Ausdruck, daß die der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Gewerkschaften viel gefährlicher seien als Bürgerwehr, Orgeßch und Weißgardisten.

Diese Methode der bewußten und beabsichtigten Verleumdung der freien Gewerkschaftsbewegung wurde am nächsten Tage durch den Vertreter der russischen Gewerkschaften, Lojowski, fortgesetzt; er warte es, den in den Gewerkschaften organisierten revolutionären Arbeitern und Angestellten nationalpolitische Politik zu unterstellen und die der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Gewerkschaften als „Gelbe“ zu verleunden.

Zu all den Beschimpfungen brachte es die sogenannte „Linie“ des Parteitages einschließlich der auf jener Seite sitzenden Gewerkschaftsvertreter fertig, stürmischen Beifall zu spenden.

Der Parteitag der U.S.P. weist aufs entschiedenste diese unerhörten Beschimpfungen und dauernde Herabsetzung der in den freien Gewerkschaften organisierten vielen Millionen von Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten und die Methode der bewußten Verhöhnung der Gewerkschaften und die daraus folgende Spaltung der Gewerkschaften zurück.

Er fordert alle Mitglieder der Partei auf, mit verdoppelter Energie den Kampf um die Revolutionierung der freien Gewerkschaften und ihre Umwandlung in Industrieorganisationen fortzuführen, unter schärfster Ablehnung der Politik der Arbeitergemeinschaften.

Angeichts der starken Einheitsfront des gesamten Unternehmertums ist die geschlossene Front der freien Gewerkschaften als Kampfinstrument gegen die kapitalistischen Verelendungsstrebungen eine zwingende Notwendigkeit. Darüber hinaus aber müssen die freigewerkschaftlichen Organisationen aller Hand- und Kopfarbeiter gemeinsam mit den Betriebsräten den Kampf um die Produktionskontrolle führen zur Einleitung und Unterstützung des Kampfes um die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Verwirklichung des Sozialismus.

Dieser Befreiungskampf kann nur zum Siege führen, wenn die Einheitsfront der wirtschaftlichen Organisationen des revolutionären Proletariats unangefastet bleibt.

Der Parteitag fordert daher alle Genossen und Genossinnen auf, jeden Versuch — von welcher Seite er auch kommen mag — die Zerspaltung in die Reihen der nationalen und internationalen freien Gewerkschaftsorganisationen hineinzutragen, aufs entschiedenste zurückzuweisen.

Wer die Spaltung in die freie Gewerkschaftsbewegung hineinbringt, schwächt die Macht des revolutionären Proletariats, stärkt die Bourgeoisie und das Unternehmertum, verrät die Interessen der Arbeiter und verzögert damit den Sieg des Sozialismus.

Es lebe die Einheitsfront der revolutionären Hand- und Kopfarbeiter!

### Unterstützende und produktive Erwerbslosenfürsorge.

Die Gesetze und Verordnungen, die heutzutage im Laufe eines Jahres erlassen werden, sind so zahlreich, daß es einem Blatt von so geringem Umfange wie die Sattler- und Portefeuille-Zeitung unmöglich ist, diese nur einigermaßen zu würdigen. So wurde am 5. Mai 1920 eine Verordnung über Errichtung eines Reichsamtes für Arbeitsvermittlung erlassen, welches den ganzen Fragenkomplex, der unmittelbar damit zusammenhängt, regelt, wie z. B. die Durchführung von Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die von Reichs- und Rechts wegen zu treffen sind. Darunter fällt auch die produktive Erwerbslosenfürsorge.

Der Reichsarbeitsminister hat bereits Anfang des Jahres Erhebungen angestellt und Bescheide in dieser Frage erteilt, ohne daß man aber dadurch der Lösung erheblich näher gekommen ist.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird nun neuerdings versucht, die Erwerbslosenfürsorge von der rein unterstützenden zu einer produktiven umzugestalten. Private Unternehmen können nach einem Bescheid des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung vom 10. August 1920 nur auf Vorschlag der Landeszentralbehörden mittels Darlehen gefördert werden. Die Zuschüsse, die gewährt werden dürfen, und die Darlehen zur Förderung der Erwerbstätigkeit dürfen höchstens das Doppelte der erwarteten Erwerbslosenunterstützung betragen. Die Zuschüsse werden nur an Körperschaften, Innungen, Arbeitsgenossenschaften gegeben.

Am 13. August hat in Berlin im Landesarbeitsamt Lüchowener eine Bauhandwerkerberufsgenossenschaft eine Bauhandwerkerberufsgenossenschaft getagt. Diese sollte Grundlage schaffen für Renovierungsarbeiten in Wohnungen, für Hausbesitzer und Mieter. Vertreten waren Arbeitnehmer wie Arbeitgeber. Die produktive Erwerbslosenfürsorge hat 22 Millionen bereitgestellt. Ist eine Renovierung beabsichtigt, dann muß ein Kostenschlag des Handwerkers beigebracht werden, dem das Landesbauamt durch Sachverständige prüfen läßt; die Kosten, die hieraus entstehen, sind in diesen Kostenschlag mit einzustellen, den Arbeitstag zu 8 Stunden geschmet. Als Beihilfe sollen pro Gehilfe und Arbeitstag dem Mieter oder Hauswirt aus dem Fonds 24 Mk. gegeben werden, diese evtl. bald bis auf 30 Mk. erhöht werden.

Für die Arbeiterarbeiten sind folgende Grundlagen aufgestellt worden: Ein gewöhnliches Zimmer mit 20 Quadratmetern Bodenfläche erfordert 16 Rollen Tapeten. Hierzu kommt Vorarbeit, Tapezieren abstoßen (teilweise 3 Stunden, gänzlich 9 Stunden). Neben 16 Rollen einschl. Vorbe 8 Stunden (bei 2 Blatt); 10 Stunden, wenn 3 Blatt aus der Rolle gemacht werden können. Die „Allgemeine Tapeziererzeitung“ empfiehlt die Kostenschläge nach folgendem Muster aufzustellen:

16 Rollen Tapete à 4 Mk. . . . .	= 64,— Mk.
20 Meter Vorbe à 0,30 Mk. . . . .	= 6,— "
16 Rollen Tapete Neben à 4,50 Mk. . . . .	= 72,— "
3 Stunden Vorarbeit à 7,50 Mk. . . . .	= 22,50 "
Zusammen: 11 Stunden Arbeit . . . . .	= 164,50 "

Würde der Zuschuß auf 30 Mk. erhöht, dann erhöht sich der Gesamtbetrag auf täglich 41,25 Mk.

Zwischenzeitlich durch diese Zuschüsse die Arbeitslosigkeit behoben werden kann, muß abgewartet werden. Es will uns scheinen, als wenn dadurch in erster Linie die Kleinmeister profitieren werden. Diese machen das höchste Arbeit mit Lehrlingen und helfen sich womöglich gegenseitig aus, ohne daß arbeitslose Gehilfen eingestellt werden.

Das kann natürlich auch nicht der Zweck der Aktion zur Behebung der Arbeitslosigkeit, mit Hilfe staatlicher Mittel sein. Man spricht soviel von staatlicher Hilfe, wer aber Einblick in die tatsächlich herrschenden Zustände nehmen kann, wie sie auf den Mieteneinigungsämtern zur Sprache gebracht werden, der wird sich emsetzen, wie wenig in der Praxis geschieht, um wenigstens die nötigsten Reparaturen an Grundstücken und Wohnungen zu tätigen. Zumal die Wohnungen der Arbeiter befinden sich fast ausnahmslos in einem Zustand des Verfalls.

Wer Reparaturen in seiner Wohnung beantragen will, muß also einen Kostenschlag durch den betreffenden Handwerker anfertigen lassen und sich an das Landesarbeitsamt Groß-Berlin, Abteilung für Arbeitsbeschaffung, Lüchowener 14, wenden.

### Neuaufbau der Handwerkerorganisation.

Durch die Handwerkerpresse wird jetzt eine einheitliche Propaganda betrieben, um den Zusammenschluß der Kleinhandwerker zu betreiben. Man hofft dadurch den Sozialisierungsbestrebungen entgegenzutreten zu können. Es geht um Sein oder Nichtsein des selbständigen Handwerks, heißt es pathetisch. Der Reichsverband des Handwerks soll es machen mit dem Mittel des zwangsweisen Zusammenschlusses,



b. h. man erstrebt das System der Zwangsorganisa- tion auf geschichtlicher Grundlage. Während der Noth- stoffbewirtschaftung hat sich ergeben, daß das Hand- werk nicht imstande war seine Wirtschaftsverhältnisse zu bewahren. Wenn bei einer staatlichen Gemein- wirtschaft die Handwerkerorganisation als Träger derselben nach eigenem Recht wirtschaften und ver- walten sollen, müßten geschlossene Fachorganisationen vorhanden sein.

Diese Organisatoren sollten sich doch erst ein- mal den überwiegenden Teil des heutigen Hand- werkes nach recht genau betrachten. Dieses Klein- und Kleinmeisterum, welches seine Existenz in der Hauptsache fristet durch Lehrlingszucht und Ausbeutung, dieses Kleinmeisterum, das sich in einer Weise verneht, die an die Vernehtung der Kaninchen heranreicht und das dadurch an chronischer Inzucht leidet. Wie soll ein Handwerk gesunden, dessen Glieder zur Hälfte aus Kleinmeistern bestehen, während die andere Hälfte zum allergrößten Teil aus Meistern besteht, die einen oder höchstens zwei Gehilfen beschäftigen, wie es im Tapezierer- und im Sattlergewerbe der Fall ist.

Zunächst müssen sich die Handwerkerorganisa- tionen einmal aufräumen und der ziel- und planlosen Lehrlingszucht Einhalt tun. Es müßte allen Kleinmeistern, die keine Gesellen oder Gehilfen be- schäftigen, unterjagt werden, Lehrlinge zu halten.

Die ausgebildeten Gehilfen liegen auf der Straße und finden keine Arbeit, die Meister arbeiten mit Lehrjungen! — Dann wird geschimpft, daß sich viele junge Leute, die kaum ausserleert haben, selbst- ständig machen. Spotten ihrer selbst und wissen nicht einmal wie.

Diesem Lobwahn mit Worten beizukommen, diese Hoffnung haben wir natürlich nicht. Es muß aber festgenagelt werden, wie verständnislos in Handwerkerkreisen gewirtschaftet wird. Die natür- liche Entwicklung vollzieht sich trotzdem nach ehernen Gesetzen, an uns liegt es, diese zu fördern.

Die Metallarbeiterzeitung richtet folgenden Appell an ihre Leser:

Das letzte Bollwerk im Kampfe gegen den kon- zentrierten Kapitalismus ist die einige und ge- schlossene Gewerkschaftsbewegung. Durch die wild- schäumenden Wogen der Meinungsverschiedenheiten in den politischen Organisationen droht auch dieser letzte Fels der Einigkeit der sozialistischen Arbeiter- klasse in den Strudel hinabgerissen zu werden. Schon rühren sich Sprengkolonnen in den eigenen Reihen, um zur Freude unserer Todfeinde dieses Werk der Zerstörung zu beginnen. Verbandskollegen! Bewahrt Eure Organisation vor Zersplitterung! Aus den unten angeführten Aeußerungen zweier Scharf- macherblätter erkennt Ihr am besten, was auf dem Spiele steht. So schreibt die „Post“, Berlin:

„Dem deutschen Bürgerium kann diese Un- einigkeit der Arbeiterklasse nur willkommen sein, denn sie schwächt die Schlagkraft des Proletariats und beweist einen heftigen Dämpfer gegenüber allen zu hoch gesteckten Zielen.“

Und die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, dieses Rekrutentier der Krupp, Stinnes, Kirckhoff und Ge- nossen, prinst schadenfroh:

„Es ist gut, daß dieser Riß in die U. S. P. D. kommt, um so besser werden wir mit den Arbeitern zertrennt werden.“

Besser als zehn Bücher beleuchten diese Zitate die Situation. Wie Flamenschrift müssen diese Worte das Gehirn jedes Proletariats erleuchten. Sollten die politischen Parteien ihrer geschichtlichen Mission nicht gewachsen sein und die Tätigkeit derselben nur eine immer tiefergehende Zerrissenheit der Arbeiterbewegung im Gefolge haben, dann wird es Zeit, daß die Arbeiter das Schwergewicht in die Gewerkschaften verlegen, um mit ihrer Hilfe den Kampf durchzuführen. Die geschlossene Gewerkschaftsbewegung, ausgebaut zur wahrhaft revolutionären Kampfesorganisation, wird dann das durch- führen müssen, was den zerrissenen politischen Or- ganisationen versagt bleibt.

Keder als je erhebt die Reaktion in Deutschland ihr Haupt. Deshalb, Arbeiter, Genossen, schützt und erhaltet Eure Gewerkschaften!

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1919.

Die Mitgliederzahl der dem Allgemeinen Deut- schen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände be- trug zu Beginn des vorigen Jahres 2 866 012, davon 666 392 weibliche, am Ende des Jahres jedoch 7 338 123 (1 612 636 weibliche). Es wurden also fast viereinhalb Millionen neue Mitglieder aufgenommen. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitglieder- zahl 5 479 073 gegen 1 648 313 im Jahre 1918. Die Zahl der angeschlossenen Verbände betrug im vorigen Jahre 52 gegen 48 im Jahre 1918. Sie wäre noch etwas größer gewesen, wenn nicht einige Verschmel-

zungen stattgefunden hätten. Die Zahl der Zweig- vereine betrug 23 862 gegen 10 044 im Jahre vor- her. Sie hat sich also ebenfalls mehr als verdoppelt und zeigt besonders deutlich, welche gewaltige Werber- arbeit die deutschen Gewerkschaften noch neben ihrem hauptsächlich nicht geringen Maße anderer Arbeit ge- leistet haben.

Eingenommen wurden für Eintrittsgelder 2 867 289 Mark, Verbandsbeiträge 185 954 818 Mk., örtliche Beiträge 43 098 827 Mk., Extrabeiträge 595 722 Mk., von arbeitenden Mitgliedern in Strei- kungen 57 181 Mk., Zinsen 4 063 461 Mk., sonstige Ein- nahmen 10 669 516 Mk. Die Gesamteinnahme be- trug 247 306 838 Mk. Ausgegeben wurden für Unterstützungen 44 942 793 Mk., für Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen 45 300 049 Mk., für Bil- dungszwecke 15 669 812 Mk., für Agitation, General- versammlungen, Verbindungen usw. 36 207 477 Mk. Die Verwaltungskosten betrugen 59 348 578 Mk., da- von peripäon 6 984 344 Mk., sächliche 5 484 917 Mk. und Verwaltungskosten der Zahlstellen und Gawe 46 879 317 Mk. Die Gesamtausgabe betrug 201 408 709 Mark, das Vermögen (mit Ausnahme der Verbände der Hotelangestellten und der Metallarbeiter) 133 180 009 Mk., davon in den Hauptkassen 107 503 081 Mark.

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß der Geld- verkehr bei den Gewerkschaften sich ganz gewaltig erwidert hat, aber auch ferner, daß ihre Kassen riesig in Anspruch genommen werden müssen.

Tapezieren von Wohnungen.

Um das Tapezieren dem Publikum wieder mög- lich zu machen, hat der Verein Berliner Tapezieren- meister (Akteur) beschlossen, für Kleben einfacher Tapete pro Rolle einschließlich schmaler Vorbe 4 Mk. zu berechnen. Die Arbeitsstunde mit 7,50 Mk. Auch der Verband Berliner Tapetenfabrikanten will einen Preisabbau vornehmen.

Man fürchtet, das Publikum wird sich zu sehr von der Tapete abwenden und mit einfachem An- strich von Farben begnügen. Die Maler hatten ja bereits vor dem Weltkrieg großzügige Propaganda für gemalte Zimmer eingeleitet, was wiederum zur Coenacuation für tapezierte Zimmer führte. Natür- lich liegt auch hier, wie überall, der Schwerpunkt der Frage, ob tapeziert oder gewalt wird, in der Kostenfrage. Nur in Fällen, wo Kostenhöhe keine Rolle spielt, wird Zweck und Kunstgeschmack ent- scheiden.

Redakteurwechsel am „Schuhmacher- fachblatt“.

Am 1. Oktober gibt Wilhelm Voß die Re- daktion des „Schuhmacher-Fachblattes“ an O. Tref- lich ab. In einem Abschiedsartikel sagt Voß unter anderem: „In dem Bestreben, die Mitglieder mit den sozialistischen Ideen zu erfüllen, wurde das Blatt von rechts angegriffen, daß es zu weit nach links, und in allernuestier Zeit wird es von links angegriffen, daß es zu weit nach rechts gehe. Er halte die extreme Rechte wie die extreme Linke für gleichermaßen schädlich für die Arbeiterbewegung und gefährlich. Er ruft mahnd: Laßt Euch nicht zer- splintern! Laßt Euch nicht durch überadulante Worte und Phrasen blenden! Die Spaltung führt zum Verderben! Wer es gut und ehrlich mit Euch meint, der sucht nicht Eure Organisation zu spalten, der sucht nicht mit Hebel, Beschimpfung und Lüge für seine Ansicht zu wirken, sondern durch sachliche un- persönliche Aufklärung.“ Das sind richtige zutref- fende Worte, nur schade, die besten Worte und Ar- gumente machen heute keinen Eindruck mehr auf Janta- liker des Kommunismus.

Stettin.

In Nr. 233 vom 15. Oktober d. J. der „Stettiner Abendpost“ lesen wir in einem Artikel mit der Ueber- schrift: „Die Lage des Handwerks“ unter anderem folgendes:

„Angünstiger ist die Lage im Tapezierhandwerk; die Wohnungsnot ermöglicht nur selten Neueinrich- tungen. Das Handwerk leidet unter den vielen Nebenarbeiten der Gesellen und die neue Luxussteuer schränkt die Aufträge weiter ein.“

Soweit Wohnungsnot und Luxussteuer in Frage kommen, hat der Verfasser des Artikels recht. Aber entschieden bestritten muß werden, daß „das Hand- werk unter den vielen Nebenarbeiten der Gesellen leidet“. In der Hauptsache wirkt der wirtschaftliche Niedergang des Deutschen Staates nachteilig auf unseren Beruf, weil größtenteils Luxusgegenstände in unserem Verufe angefertigt werden. Weiter ist unser Beruf abhängig von den importierten Waren, z. B. Zute und Baumwolle. Die Preise dieser Noth- materialien sind infolge des niedrigen Standes un- serer Valuta enorm hoch, ja sie grenzen an das Fabelhafte, so daß der größte Teil der Bevölkerung infolge geringen Einkommens Polyesterfäden nicht

kaufen kann. Dieses ignoriert der Artfellschreiber eben wissenschaftlich, indem er den „Gesellen“ die Schuld in die Schuhe schiebt. Das ist eine demagogische Verdrehung der Tatsachen, wie sie größer nicht ge- dacht werden kann. Im Interesse unserer Kollegen wird diese Unterstellung entschieden zurückgewiesen. Die Lage im Tapeziergewerbe ist kurz folgende: Von 106 Tapezer-erghilfen in Stettin sind 36 (der größte Teil schon von vor Pfingsten an) arbeitslos. Die übrigen Kollegen arbeiteten vier bis fünf, höchstens sechs Stunden dem Tag. Einen Tapeziererghilfen, der das ganze Jahr hindurch seine volle Beschäftigung hat, gibt es nicht. Weil aber die soziale Frage vom Staate noch nicht geregelt ist, bleibt den Arbeits- losen nichts anderes übrig, als zuzufassen, wenn sich eine Arbeitsgelegenheit findet. Verlangt der besagte Artfellschreiber etwa, daß jeder die Privatarbeit zurück- weist und mit seiner Familie weiter hungert? Der Verfasser braucht deshalb nicht zu glauben, daß wir die Privatarbeit gutheißen, wir bekämpfen dieselbe schon jahrelang. Das wird dem Schreiber auch bekannt sein. Gerade die Meister sind es selbst, welche die Nebenarbeit fördern durch Lehrlingszucht. Wenn gewisse Preise so tun, als würden sie von nichts, dann bin ich, da mir genügend Material zur Verfügung steht, gern bereit, damit aufzuwarten. In unseren Fachreisen kennt man übrigens keine „Gesellen“, sondern nur Tapeziererghilfen.

Wilh. Krause, Sektionsleiter.

Korrespondenzen.

Berlin. (18./10.) Außerordentliche General- versammlung am 14. Oktober 1920. Es wird be- richtet, daß eine Sitzung des Gesellenausschusses mit dem Innungs Vorstand stattgefunden hat. In vielen Innungs-geheimnissen sieht es sehr trübe aus und ist es keine Seltenheit, daß ein Meister zwei bis drei Lehrlinge hält, ohne jemals einen Gehilfen beschäftigt zu haben. Es ist festgestellt, daß ein Meister ohne Gesellen vier Lehrlinge hat. Die jungen Leute er- halten so wenig Kostgeld, daß diese Sattlermeister sich schämen sollten, ein Kostgeld, das kaum das Fahr- geld übersteigt, anzubieten. Der Gesellenausschuh hat gegen diese Ausbeutung der Lehrlinge Protest erhoben und bittet die Kollegen, daran mitzuarbeiten und festzustellen, wo noch außer den bekannten Fällen Lehrlingsausbeutung und -zuchterei getrieben wird. In der Meißnerartefaktbranche sind die Löhne tariflich geregelt. Dann wird die Aussprache über die Noth- arbeitsgemeinschaft fortgesetzt; Kollege Eichen spricht des längeren gegen die Arbeitsgemeinschaft. Die Tarifpolitik der Gewerkschaften vor dem Kriege sei 1918 nicht mehr am Platze gewesen. 1917 haben die Unternehmer die Arbeitsgemeinschaft mit aller Schärfe bekämpft und sei es verächtlich, daß sie 1918 auf einmal zu der Ansicht kamen, daß nur die Ar- beitsgemeinschaft Deutschland retten könne. Jeden- falls meinen aber die Unternehmer, ihr Kapital schützen ist Deutschlands Rettung. Die Kapitalisten haben für die Arbeiter nichts übrig und könne man in Arbeiterfragen keine Einsicht von den Kapitalisten verlangen. Redner hat gegen die Resolution der A. P. D. nichts einzuwenden und bittet die Kollegen der S. P. D. doch endlich mal den Harmoniedusel mit den Unternehmern einzustellen. Mit Hilfe der Unternehmer kommen wir nicht aus dem Sumpfe heraus. Es muß heißen: Heraus aus der Arbeits- gemeinschaft und fester Zusammenschluß zur revolu- tionären Aktion.

Frau Driehj ist für die Einigung des Proleta- riats und spricht sich gegen die Arbeitsgemeinschaft aus, sie fordert allgemeine Wahlen zum Reichswirt- schaftsrat.

Spließ erklärte: Für ihn ist die Arbeitsgemein- schaft eine taktische Frage und fragte Eichen, wie man denn die schwebenden Fragen lösen wolle? Nach seiner Ansicht ist die sofortige Lösung zurzeit un- möglich; jeder Volkswirtschaftler würde es bestreiten. Dann spricht Redner über russische Verhältnisse und sind diese nicht mit den deutschen zu vergleichen. Deutschland ist ein Industriestaat, hat außer den Kosten wenig Rohstoffe, letztere müße es aus der ganzen Welt zusammenholen und hat nicht einmal ein Viertel der notwendigen Lebensmittel für die Bevölkerung. Rußland sei dagegen reich an Boden- schätzen und ein Agrarland. Die Gewerkschaften sind bisher nur für bessere Lohn- und Arbeitsbedin- gungen eingestellt, in Zukunft muß außer der Lohn- politik auch Wirtschaftspolitik getrieben werden, auch der Geschäftskreis müsse bedeutend erweitert werden. Es gilt, alle die brennenden Fragen zu lösen. Wie beschaffen wir Rohmaterial, die Abgaben, Zölle usw.? Nicht um der Kapitalisten willen, sondern im Inter- esse der Arbeiter sind wir in der Arbeitsgemeinschaft. Redner mahnt, sich nicht durch Schlagwörter betören zu lassen.

Fritz Koch führt aus: Selbst wenn die Arbeits- gemeinschaft Nutzen für die Arbeiterklasse gebracht hätte, müße man sie ablehnen, denn es stehe doch fest, daß sobald der Beschluß der Arbeitsgemeinschaft für



die Arbeiter günstig sei, sabotieren die Unternehmer den Beschluß. Die Unternehmer könne man nicht durch die Arbeitsgemeinschaft zur Sozialisierung zwingen. Jeder sei dadurch viel verärgert, daß die Gewerkschaften nichts zur Vorbereitung für die Sozialisierung getan haben. Die Betriebsräte, zu geeigneten Körperlichkeiten zusammengefaßt, ausgestattet mit Wissen und Können, sind in der Lage, die Arbeiterschaft aus dem Sumpfe herauszuholen. Es ist richtig, zurzeit ist es nicht möglich, alles zu sozialisieren, aber der Anfang muß doch mal gemacht werden in den zur Sozialisierung reifen Industrien, z. B. im Bergbau. Die Betriebsräte sind allein imstande, die Produktion zu übernehmen, aber nur dann, wenn die tüchtigsten Arbeiter als Betriebsräte fungieren und mit dem nötigen Wissen ausgerüstet sind. Es muß daher heißen: Heraus aus der Arbeitsgemeinschaft!

Kreplin betrachtet die Arbeitsgemeinschaft mehr als eine Frage der Taktik; an einer Reihe von Beispielen erläutert er die Vorteile, welche die Tarifartikelbranche durch die Arbeitsgemeinschaft erzielt hat.

Leuschner bemängelte die Gottschalksche Resolution, sie ist ihm nicht scharf genug, deshalb habe die Fraktion der R. P. D. eine andere Resolution eingereicht, diese begründet Leuschner. Dann verließ Leuschner einen längeren Aufenthalt von Karl Radef, um zu beweisen, daß Ernst Schulze nur einige Sätze aus dem Zusammenhang herausgerissen habe. Redner bedauert, daß die Gewerkschaften keinen Anschluß an Ausland gesucht haben. Er sprach noch von der Sabotage der Unternehmer. Gerhard führt an, daß auch die Metallarbeiter die Arbeitsgemeinschaft ablehnen, die Arbeitgeberzeitung nenne die Arbeitsgemeinschaft den Träger des nationalen Gedankens. Für ihn ist die Arbeitsgemeinschaft eine Frage der Praxis. Redner kommt auf das Betriebsrätegesetz zu sprechen und betont, daß es nicht darauf ankomme, was ein Gesetz sei, sondern was man daraus mache. Die Betriebsräte sind die Werkzeuge zur Übernahme der Produktion; wenn dieselben den richtigen Geist besitzen, mit Wissen und Können ausgebildet sind, können sie die Arbeiterschaft aus dem Elend retten. Die Arbeitsgemeinschaft lehnt er entschieden ab. Ernst Schulze erklärt, es ist nicht richtig, wenn Leuschner sagt, daß die Gewerkschaften keinen Anschluß an Ausland gesucht haben, die Vertreter Auslands hätten nicht mit den Gewerkschaften verhandelt. Bei der Firma Borjig seien nicht 1000, sondern 5000 Lokomotiven verlangt worden, aber die Firma Borjig habe so unerhörte Preise verlangt, daß die russischen Vertreter hierauf nicht eingehen konnten. In Berlin, Unter den Linden, wurde eine Gesellschaft (Detonomie) gegründet, welche sich zur Aufgabe macht, Rohstoffe und auch Arbeit heranzuschaffen. Auch diese haben Verbindung mit Ausland gesucht.

Er kommt nochmals auf die Arbeitsgemeinschaft zu sprechen und bezeichnet dieselbe als Fortsetzung der Tarifvertragspolitik. Schulze bittet, die Arbeitsgemeinschaft nicht eher aus den Händen zu geben, ehe etwas Besseres vorhanden ist.

Die Rednerliste ist erschöpft. Der Korreferent und Referent konnten der vorgerückten Zeit wegen nur wenig im Schlusswort sagen. Blum zählte noch einmal alle Vorteile auf, welche die Reichsarbeitsgemeinschaft nach seiner Ansicht schon gebracht hat. Die Wollausfuhr sei abgelehnt, es sei verhindert, Leder auszuführen, für Konjunkturabgaben seien 81 Millionen heringebracht und so weiter. Die christlichen und gelben Gewerkschaften lauern schon darauf, um allein mit den Unternehmern aus der Arbeitsgemeinschaft Nutzen zu ziehen. Die Ausfuhrabgabe sei viel zu gering, um als Abwehrmittel betrachtet zu werden. Sie sei nicht das Mittel, um soziale Höfe zu bekämpfen. Blum verliest noch einige Artikel, die die Notwendigkeit der Arbeitsgemeinschaft beweisen sollen. Die Arbeitsgemeinschaft bestehe noch nicht einmal ein Jahr, man könne ein fertiges Urteil darüber erst nach einigen Jahren abgeben.

Gottschalk führt aus, daß sein Referat sachlich gewesen sei. Weber Blum noch ein anderer Anhänger der Arbeitsgemeinschaft habe ihn überzeugen können, daß ein nennenswerter Nutzen aus der Arbeitsgemeinschaft gezogen werden könne. Werbe auch alles erwidern und empfinden, wenn es dem Unternehmer nicht paßt, richtet er sich doch nicht danach. Blum habe mit vielen Zitaten aufgewartet, aber mit keinem Wort erwähnt, wie die Stellung der Zentrale sei, betriebs Abhaltung von Referaten und Korreferaten über die Arbeitsgemeinschaft in allen übrigen Ortsverwaltungen. Gottschalk bespricht eine Wahl im Reichswirtschaftsrat und stellt fest, daß ein Arbeitnehmervertreter sich von den Unternehmern wählen ließ und die Abmachungen der Arbeitnehmervertreter sabotierte. Auffällig ist, daß Kollege Nieder in so vielen Kommissionen sitzt, er fragt, was Nieder denn als Hauptfiskierer in diesen Kommissionen zu suchen habe.

Rielmeyer stellte den Antrag, die Abstimmung in der nächsten Generalversammlung vorzunehmen (28. Oktober 1920). Kollege Spliedt wendet sich gegen diesen Antrag; derselbe wird abgelehnt. Die Abstimmung über die von Gottschalk vorgeschlagene Resolution ergibt Annahme der Resolution mit ungefähr Zweidrittelmehrheit.

Johann Hoffmann.

Vernburg. (22. 10.) Versammlung vom 9. Oktober. Der Kassierer konnte nicht entlastet werden, weil die Revision noch nicht stattgefunden hatte. Paul Hoffmann, Buch 5530, wurde auf Grund des Verbandsstatuts § 4a ausgeschlossen. Ein Kollege hat verschiedene Wochen unter Tarif gearbeitet; als er jetzt den Tariflohn verlangte, flag er raus. Er war auch nicht zur Anrufung des Schlichtungsausschusses zu bewegen. Daraus kann mancher lernen, daß man überall von vornherein fordern muß, was recht ist, sonst Kraft man sich selbst. Der Lokalausschlag wird von 10 auf 25 Pf. erhöht. Bei einem hiesigen Meister arbeiten noch vier unorganisierte Sattler; hoffentlich gewinnen wir sie auch bald für unsere gute Sache. Hier müssen verschiedene Kollegen feiern, trotzdem Arbeit da ist; deshalb wird vor Bezug nach hier gewarnt. In Provinzzeitungen suchen die Meister trotzdem Gehilfen, die hiesigen können sehen, wie sie ihr Leben freien. Anfragen sind zu richten an Albert Rotnagel, Vernburg, Wästr. 53.

Stettin. (23. 10.) Versammlung vom 15. Oktober. Kollege Feld berichtete vom Kartell, daß bei demselben Schuhe und Stiefel zum Preise von 150 bis 200 Mk. zu haben sind. Die Kartellbeiträge sollen um 100 Proz. erhöht werden; sie würden dann pro Kopf 4,80 Mk. betragen. Die Abrechnung vom 3. Quartal weist in Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse den Betrag von 6734 Mk. aus. An 260 Mitglieder wurden 2366 Beitragsmarken abgegeben. Der Hauptkasse sind eingekandt 1901,60 Mark. Einnahme und Ausgabe der Lokalkasse 3611,31 Mark, Bestand für nächstes Quartal 255,15 Mk. Der Kassierer wurde entlastet auf Antrag der Revisoren. Die Abrechnung vom Stichtagsfest ergab einen Ueberschuß von 158,50 Mk. Als Kandidaten für die Wahlen zum Verbandsrat wurden aufgestellt die Kollegen G. Haney und Krause; gewählt wurde Krause. Auf Antrag Pieper wurde die Entschädigung des Vorsitzenden auf 100 Mk., die des Kassierers auf 200 Mk., die des Schriftführers auf 25 Mk. festgesetzt. Nach einer Aussprache über die Arbeitsvermittlung wurde Kollege Haney beauftragt, das Arbeitsamt zu ersuchen, ihm die Arbeitsvermittlung für unsern Beruf zu übertragen. Wenn dem nicht stattgegeben wird, soll die Stadtverordnetenfraktion angerufen werden. Die Vermittlungsstunde soll auf den tariflichen Lohn erhöht werden und eine Stunde Laufzeit dazu. — Ein Antrag Duwe, die Sektionsleiter an den Vorstandssitzungen teilnehmen zu lassen, wurde abgelehnt. Bei den Neuwahlen sollen die Sektionsleiter als Beisitzer zur Ortsverwaltung berücksichtigt werden. Anwesend 60 Mitglieder.

Otto Habed.

**Aus unserem Beruf.**

Der bayerische Landesverband der Sattler, Tapezierer und verwandten Berufe, der am 22. August in Augsburg seine achte Jahresversammlung abhielt, bezog auch den Reichstarif für das Sattlergewerbe. Hierzu bemerkt der Vorsitzende unter anderem: daß der Tarif mit sich bringen werde, daß die Kollegen im Lande doch einmal dazu übergehen müssen, sich ihre Arbeitsleistungen besser bezahlen zu lassen als es bisher geschehen ist.

Dasselbe haben wir in unserer Nr. 39 den schlesischen Kleinmeistern gesagt, die aus Schwäche und Mutlosigkeit bekaupten, die Landwirte könnten keine höheren Preise zahlen, und die deshalb die Aufhebung der Lohnstufen des Reichstarfs für sich fordern.

Dieselbe Verständnislosigkeit herrscht auch bei den Kleinmeistern des bayerischen Tapezierergewerbes. Auf eine Umfrage wegen Vorbereitung eines Landestarfs für Bayern, äußerten sich alle Innungen und Ortsgruppen, soweit sie es überhaupt für nötig hielten zu antworten, ablehnend. Es waren ganze vierzehn.

Damit wird am besten gekennzeichnet, wie es in den Kleinstädten noch aussieht. Denn schließlich kann der eigentliche Grund der Ablehnung eines Landestarfs doch nur die Annahme sein, daß es den einzelnen Kleinmeistern ohne Landestarif leichter sei, niedrige Löhne zu zahlen, überhaupt die Löhne zu drücken. Das ist natürlich auf die gleiche Weise wie in Schlesien zurückzuführen; diese Leute sind viel zu feige, um sich ihre Arbeitsleistungen angemessen bezahlen zu lassen. Die Unternehmerorgane tun aber auch rein gar nichts, um diese Minderwertigkeit zu bekämpfen. Das muß uns Arbeitnehmer natürlich um so mehr anspornen, vorwärts zu drängen.

Diese Kleinmeister sollen doch allmählich begreifen, daß ihr eigener kultureller Aufstieg unmög-

lich gemacht wird, wenn sie kein anderes Ziel kennen als die Niederhaltung der Löhne und damit zugleich die Entwertung ihrer eigenen Arbeitsleistung.

Diese Binsenwahrheit haben diese Kleinstadtmeister anscheinend noch nicht begriffen, ihr ganzes Denken und Sinnen ist darauf gerichtet, durch niedriges Angebot ihrer Arbeitsleistung sich lieb und bei der Kundschaft zu machen, auf Kosten der Arbeiter natürlich.

In ihrer Kurzsichtigkeit bilden sie nicht viel weiter als gerade die Rasenpiße recht. In den Großstädten hat das Unternehmertum schon längst erkannt, daß die Lohnkämpfe der Gehilfenschaft ihnen selbst die größten Vorteile und den kulturellen Aufstieg eingebracht hat. Sie sind bei jeder Lohnbewegung auf ihre Rechnung gekommen, trotzdem sie alle Kräfte ansetzen, um die Lohnbewegungen zu vereiteln. Schon aus Prinzip werden sie es auch ferner tun, wenn auch feststeht, daß hier bei genauem Zusehen die scheinbar so scharfen Interessengegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern tatsächlich bis zu einem gewissen Grade konform laufen. Insofern nämlich, wie Unternehmer und Arbeiter darauf angewiesen sind, den Ertrag ihrer Arbeitsleistung vom Käufer der gemeinsam erzeugten Waren oder Gebrauchsgüter anzufordern.

Der Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beginnt natürlich sofort scharf zu werden, wenn es sich um die Festsetzung des Lohnanteils handelt. Der Unternehmer will immer den Löwenanteil haben, auch dann, wenn er fast nichts bei der Erzeugung der Ware leistet. Doch diese Tatsachen sind ja allgemein bekannt, wir brauchen darauf nicht weiter einzugehen. Es handelt sich nur um die Feststellung, daß Unternehmer und Arbeiter hier tatsächlich ein gemeinsames Interessengebiet haben, was von beiden Seiten noch nicht genügend erkannt wird. Besonders nicht von den Kleinmeistern.

**Streiks und Lohnbewegungen.**

Eisenach. Den Sattlern der Fahrzeugfabrik in Eisenach wurde infolge einer Verhandlung des Gauleiters mit der Direktion eine Werkzeugentfädigung von 2,50 Mk. pro Woche bewilligt. Die bedeutende Steigerung der Werkzeugpreise bedingten eine höhere Entfädigung. Außerdem wurden 20 Mk. Nachzahlung dafür gewährt. Die bisherige Entfädigung betrug 50 Pf. pro Woche.

Weizensfeld. (Tapezierer.) Hier kam eine neue Lohnvereinbarung zustande. Der Lohn beträgt für Gehilfen bis 18 Jahre 3,50 Mk., über 18 Jahre 5,20 Mk. pro Stunde.

Bremen. Hier wurde ein Lohnaufschlag von 25 Pf. pro Stunde für verheiratete Kollegen ab 1. Oktober 1920 erzielt.

Düsseldorf. Bei der Firma Sommer wurde den Kollegen der Möbelbranche 100 Proz. Zulage bewilligt. Das sind nunmehr 800 Proz. auf dem Friedenspreis. Der Stundenlohn des Sattlers beträgt 7,15 Mk. Auch die Flachpösterer haben Forderungen gestellt.

In Achaffenburg wurde für Verheiratete eine Beschaffungsbeihilfe von 200 Mk. für jedes Kind 50 Mk. und für Ledige 125 Mk. erzielt. Nur in einem Betriebe wurden 10 Proz. Lohnerhöhung erreicht.

Köln a. Rh. (Tapezierer.) Hier finden zurzeit Verhandlungen wegen Lohnaufschlag statt. Verlangt wird 1,50 Mk. mehr pro Stunde.

Wagen- und Autobau. Seit dem 23. Oktober befinden sich 52 Kollegen im Streik. Die größeren Betriebe haben bereits bewilligt.

**Soziales.**

Eine Entrenchung erwerbsloser Krankenkassenmitglieder ist vom Reichsarbeitsministerium geplant. Fast erscheint es, als ob man in unseren Ministerien zu viel beschäftigungslose Beamte habe, die ihre ganze Arbeitskraft dazu verwenden müssen, um arbeiterfeindliche Bestimmungen auszufüßeln. In Aussicht genommen ist eine Verordnung über ein Gesetz, welches bestimmen soll, daß frange Erwerbslose keine höhere Krankenunterstützung beziehen können, als ihre Arbeitslosenunterstützung beträgt.

Durch die Verordnung vom 30. April 1920 ist den Krankenkassen die Mäßigkeit gegeben worden, den Grundlohn bis auf 30 Mk. täglich zu erhöhen, entsprechend dem niedrigen Geldwert. Dadurch ist es ermöglicht, daß die tägliche Krankenunterstützung bis zu 22,50 Mk. im Höchstfalle betragen kann, die angesichts der herrschenden Teuerung wahrhaftig nicht als zu hoch angesehen werden kann.

Da das Reich sich jedoch bis heute nicht dazu hat aufschwingen können, auch die Sätze der Erwerbslosenfürsorge den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen, trotz allen Drängens der Arbeiterschaft,

besteht die Möglichkeit, daß ein Erwerbsloser, der krank wird, mehr Krankengeld als Arbeitslosenunterstützung erhält.

Der Arbeitsminister folgert daraus, daß der Kranke mit dieser „glänzenden“ Unterstützung so üppig zu leben imstande ist, daß er kein Verlangen hat, zu den Fleischtöpfen der Arbeitslosenunterstützung zurückzukehren, und insofern die Gefahr besteht, daß das Gesundwerden ungebührlich lange hinauszugeschieben wird. Daß das Arbeitsministerium ob dieser Ungeheuerlichkeit nicht schlafen kann, geht aus der Absicht hervor, diese zu beseitigen. Ein mit gesunden Sinnen begabter Mensch würde nun folgen, wenn die Krankentassen genötigt wären, das Krankengeld auf einen Stand zu bringen, daß man davon leben kann, so müsse das nun auch bei der Arbeitslosenunterstützung geschehen, und der Ausgleich wäre hergestellt.

Das Arbeitsministerium wäre eine unglaubliche Sorge los und die Arbeiterschaft würde darüber ungeteilte Freude empfinden.

Im Arbeitsministerium scheint man nicht logisch denken zu können.

„Wenn schon der gesunde Arbeitslose hungern muß, warum soll der kranke Arbeitslose das nicht auch tun?“

Es kostet ja nur eine kleine Verordnung. Die Kranken werden sich beeilen und werden doppelt so schnell gesund werden als bei hoher Unterstützung, wodurch natürlich die Volksgesundheit ebenfalls erheblich gefördert wird.

Gesetzliche Rechte der Arbeiter, die begründet sind in der R.W.O., sollen damit durch eine Verordnung in der Erwerbslosenunterstützung wegestamotiert werden. Unglaublich, aber wahr.

Die Arbeitslosen, die Krankentassen, die ganze Arbeiterschaft muß diesen Streich parieren und im Gegenangriff erreichen, daß nicht eine Entrechtung der Arbeiterschaft, sondern eine Verbesserung der Erwerbslosenunterstützung erreicht wird.

Vorläufig keine Befristung der Erwerbslosenunterstützung. Bekanntlich sollte ab 1. August die Erwerbslosenunterstützung für diejenigen Personen in Fortfall kommen, die in dem Zeitraum vom 1. Oktober 1919 bis zum 1. August 1920 bereits für 26 Wochen Unterstützung bezogen haben. Auf Grund der schlechten Lage des Arbeitsmarktes hat sich der Arbeitsminister genötigt gesehen, den Gemeinden zu empfehlen, von der Ausnahme Klausel recht häufig Gebrauch zu machen. Die Bekanntmachung des Arbeitsministeriums hat folgenden Wortlaut:

„Die Befristung der Erwerbslosenunterstützung auf 26 Wochen, die nach Artikel 1, Nr. 5 und Artikel 2, Satz 2 der Verordnung vom 6. Mai 1920 (Reichsgesetzblatt S. 871) zum 1. August d. J. grundsätzlich in Kraft tritt, wird angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrisis größeren Schwierigkeiten begegnet, als noch vor einigen Monaten erwartet werden konnte. Fast überall sind die Zahlen der Arbeitslosen wieder im Steigen begriffen. Für viele Berufe verschlechtern sich die Aussichten auf Beschäftigung täglich.“

Ich nehme daher Beantragung, auf die Möglichkeit, die Fürtage ausnahmsweise auf einen längeren Zeitraum als auf 26 Wochen zu erstrecken, besonders hinzuweisen. Meines Erachtens werden die Landeszentralbehörden und die von ihnen bezeichneten Stellen von dem Recht, Ausnahmen zu bewilligen, zur Vermeidung von Härten zunächst noch verhältnismäßig häufig Gebrauch machen müssen. Es wird nichts dagegen einzuwenden sein, wenn diese Ausnahmen nach Lage der örtlichen Verhältnisse unter Umständen auch für ganze Gruppen der Erwerbslosen erteilt werden. Hierbei wird besonders die Rücksicht auf bestimmte gegenwärtig danieliegender Berufe bestimmend sein müssen.

Auf der anderen Seite muß ich aber ausdrücklich betonen, daß die vorstehenden Hinweise keineswegs dazu führen dürfen, die Vermittlung in die Berufe, die gegenwärtig Arbeitskräfte gut beschäftigen können — wie Landwirtschaft, Bergbau, häusliche Tätigkeit, zum Teil auch Baugewerbe und Gastwirtschaftsgewerbe — zu leintragtügen.“

Erwerbslosenunterstützung für gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung. Die bereits angeführte Verordnung, durch welche die Reichsverordnung über Erwerbslosenunterstützung vom 26. Januar 1920 eine Änderung erfährt, welche die Anrechnung der gewerkschaftlichen Unterstützung ausschließt, ist nunmehr erlassen. Die vom 11. August datierte Verordnung bestimmt, daß dem § 12 der Verordnung vom 26. Januar folgender Absatz 3 hinzugefügt wird:

„Unterstützungen, die der Erwerbslose auf Grund eigener Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit bezieht, bleiben von jeder Anrechnung frei.“

Keine Befristung sind an der Verordnung einige weitere Änderungen vorgenommen. Die Einfügung der Bestimmung in § 9 der Verordnung: „Personen, die unmittelbar vor Eintritt der Unterstützungsbefristung Kurzarbeit geleistet haben und deshalb Lohnfutzungen unterworfen waren“, hat offenbar die Bedeutung, daß für diese Personen eine Wartzeit nicht festgesetzt werden darf. Die Form der Veröffentlichung im Reichs-Gesetzblatt ist nicht klar, und dürfte wohl noch eine Berichtigung erfordern.

In der Verordnung über Erwerbslosenunterstützung ist bestimmt, daß Kurzarbeiter, die nur einen Lohn verdienen, von dem 70 Proz. den Unterstützungsbeitrag bei gänzlicher Erwerbslosigkeit nicht erreichen, eine Erwerbslosenunterstützung in Höhe des fehlenden Betrages erhalten. Die neue Verordnung setzt den Satz an dieser Stelle auf 60 Proz. herab, und sie gestattet im Falle eines besonderen Bedürfnisses die Herabsetzung des Prozentsatzes auf 50 statt bisher 60.

### Adressenänderungen.

Gau Rheinland-Westfalen. Adressenänderung der Gauleitung. Sämtliche Zuschriften sind zu richten nach Darnen, Wegnerstr. 81. Telefon 851.

Robert Klein, Karl Schneider.

### Verbandsnachrichten.

Verwaltungsstelle Stuttgart.

Hauptstätter Str. 96 III. Telefon 9440.

Zur Beachtung. Zur Verbilligung und Erleichterung des Geldverkehrs mit unseren Mitgliedern haben wir ein Postcheckkonto errichtet. Wir erlauben, diese Neueinrichtung zum Vorteil der Mitglieder rege zu benutzen und alle Geldeinzahlungen unter folgender Adresse zu tätigen.

Wilhelm Keller, Stuttgart, Postcheckkonto Nr. 22 807. Postfachamt Stuttgart.

Einzelmitglieder erhalten Zahlarten mit vorgedruckter Adresse noch zugeandt und sind solche auch auf unserem Bureau zu haben. Bei Einzahlungen mit Zahlkarte beträgt das Porto bei Beträgen bis zu 25 Mk. nur 5 Pf., darüber hinaus 10 Pf.

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Kassierer!

Am Schluß des Monats ist die graue Berichtskarte für die Arbeitslosenstatistik fällig. Frantieren mit 30 Pf. nicht vergessen.

### Verammlungskalender.

Berlin. Montag, den 1. November, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3, Betriebsräteversammlung sämtlicher Branchen. Tagesordnung: Bericht vom Betriebsrätekonferenz. Ortsverwaltung.

### Bücherchau.

Eine Geschichte der Marxschen Geschichte, Gesellschafts- und Staatstheorie, bearbeitet von Prof. Heinrich Cunow, Leiter der „Neuen Zeit“, erscheint im Verlag „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Der erste Band soll noch diesen Monat herauskommen, der zweite folgt in einigen Monaten. Der Preis pro Band beträgt 60 Mk. Wer bis 1. November bestellt, erhält den ersten Band für 50 Mk.

Sozialistische Gemeinde. Nr. 20. Einzelnummer 50 Pf.; bei allen Postanstalten zu bestellen.

Im „Verlag für sozialistische Lebenskultur“, Mostod, Dr. Gustav Hoffmann, erschien: „Mische“, Versuch einer Charakterisierung des Weltengottes in der Religion des Sozialismus. Ein gutes, lebenswertes Büchlein für alle, die sich gern in seelisches, geistiges Verstehen der Weltprobleme vertiefen. Der Mensch als ein Glied in der Kette der Entwicklung, als der Bahnbrecher zur höchsten Vollendung in natürlichster Entwicklung.

Volks-Reise-Verband. Berlin-Neudöln, Münchener Straße 53. Unter dem Titel „Der Reisegenosse“ gibt der Verband eine neue Monatschrift heraus, um der Arbeiterschaft bessere Reise- und Ausflugsbedingungen zu vermitteln. Jedenfalls ein Beginnen, das nur zu begrüßen ist, denn auch der Arbeiter soll endlich die Schönheit und den Genuß des Reisens kennenlernen.

### Sterbetafel.

Chemisch. Am 12. Oktober starb nach kurzem Leiden unser Mitglied Friedrich Hartwich im Alter von 82 Jahren.

Hamburg. Kollege Hermann Schmidt (Tapezierer), geboren am 9. Mai 1887 zu Naumburg, ist seit August 1918 als vermisst gemeldet. Nach über 2 Jahren wurde jetzt durch einen Kameraden der Familie die Mitteilung, daß unser Kollege am 18. August 1918 durch Stropfchuh gefallen ist. Kollege H. Schmidt war einer unserer Besten. Ueberall stand er in der ersten Reihe, wo es galt, für die Organisation einzutreten. Mehrere Jahre gehörte er der Ortsverwaltung an. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. Ortsverwaltg. Stuttgart. Am 16. Oktober 1920 verschied unser Mitglied Paul Pfaff, Tapezierer, 46½ J., infolge eines Herzleidens. Ihre ihrem Andenken.

### Portefeuller gesucht

der selbständig auf Damenhandtaschen, Brief- und Scheintaschen arbeiten kann.

Artur Lohr, Elberfeld  
Kleeblattstraße 32.

### Portefeuller

auf Damen-, Brief-, Tresor- und Zigarrentaschen

sofort gesucht.

Fritz Rneck,

Magdeburg, Lorenzweg 3.

### Perfekten Kofferfattler

zum sofortigen Eintritt, sucht  
H. Müller & Comp.  
Magdeburg, Klosterkirchhof 8.

### Lederwarenfabrik, Sitz Schlesien,

welche Koffer und Reisetaschen herstellt, sucht per 1. Januar 1921

### tüchtigen energ. Meister

Verlangt wird Vollbefähigung, einen mittleren Betrieb selbständig leiten zu können. Angehore mit Gehaltsansprüchen u. C. S. 1042 an Ma, Saarenstein & Vogler, Breslau.

Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig u. Wien

Die siebente, neubearbeitete Auflage von

## Meyers Handlexikon

beantwortet alle Fragen der Gegenwart

Es enthält etwa 75 000 Stichwörter und Verweisungen mit etwa 1700 Abbildungen auf 797 Seiten Text, 2 bunten, 28 schwarzen Tafeln u. Tafelgruppierungen, 45 schwarzen und farbigen Karten, Text- und statistischen Übersichten

Ein Band in Halbleinen gebunden 50 Mark

Wir liefern das Werk auf Wunsch gegen Teilzahlungen  
F. Schönmann m. B. S., Versandbuchhandlung, Leipzig  
Zaubchenweg 17